



Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

No 283.

Sonnabend den 2. Dezember

1848.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 26—30. (686—690.) Bogen des 23. Abon. v. 30 Bog. Berlin Bg. 316—318. Frankf. Bg. 371. 372. Mit der heutigen Lieferung ist das 23. Abonnement beendet. Auf das 24. Abonnement (Bogen 691 bis 720) beliebe man baldigst bei den betreffenden Postanstalten und Commanditen mit 10 Sgr. zu pränumeriren.

## K Breslau, 1. Dezember.

Schon gestern mußten wir eine Uebersiedelung der ganzen in Berlin zurückgebliebenen Majorität nach Brandenburg für den günstigsten Fall erklären, welcher bei den Verwickelungen der gegenwärtigen Lage eintreten könnte. Die Nachrichten von gestern haben uns in unserer Ansicht nur bestärkt. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß in jedem Falle in Brandenburg nächstens eine beschlußfähige Versammlung beisammen sein wird. Bei der für die Berliner Versammlung günstigsten Wendung würde also der von uns in Aussicht gestellte Fall zweier Gegenparlamente wirklich eintreten. Wie die Aussichten jetzt stehen, wird aber dann in Berlin kaum eine Majorität von wirklichen Abgeordneten bleiben. Die Berliner Versammlung wird zur Einberufung von Stellvertretern schreiten müssen, um beschlußfähig zu bleiben, während die Brandenburger wahrscheinlich aus einer Majorität von Abgeordneten bestehen und die Einberufung von Stellvertretern nicht zur Erreichung der Beschlußfähigkeit, sondern höchstens zu dem Zwecke nöthig haben wird, um die Versammlung vollständig zu machen.

Mit dem Augenblicke aber, wo eine Mehrheit von Abgeordneten in Brandenburg sich zusammen findet, wird ein neuer Umschwung in der Meinung des Landes eintreten, auf welchen wir die Berliner Versammlung nicht dringend genug hinweisen können. Ein Theil des Volkes, und wir behaupten trotz aller Loyalitäts-Adressen, der überwiegende Theil des Volkes, hat bis jetzt der Nationalversammlung in Berlin anhängen, aber nicht Alle aus Sympathie für die Personen, sondern weil sie in der in Berlin forttagenden Versammlung nach wie vor die Vertretung des Volkes, in ihrer Vertreibung eine Verletzung der Volksrechte erblickten. Dieser Theil der Anhänger der Berliner Versammlung wird in demselben Augenblicke abfallen, wo er die gesetzliche Volksvertretung, d. h. die Mehrheit der National-Versammlung nicht mehr in Berlin, sondern in Brandenburg erblickt. Die Berliner Versammlung wird dann den Charakter der Allgemeinheit verlieren, sie wird in den Augen jenes Theils des Volkes das werden, was sie bis jetzt mit Unrecht genannt wurde, eine Fraktion und zwar eine Fraktion der Linken.

Aber nicht einmal diejenigen im Volke werden ihr Alle bleiben, welche bisher die Ansichten und Bestrebungen der Linken theilten und ihre Sympathien ihr zuwendeten. Diese kommen ja dann in einen neuen Konflikt, in den Konflikt zwischen dem Prinzip, auf Grund dessen sie bisher auf Seite der National-Versammlung standen, dem Grundsatz der Majoritäts-Vertretung einerseits und ihrer Sympathien und Parteiwünsche andererseits. Jeder neue Konflikt in einer bis dahin einigen Partei führt aber zu einer neuen Theilung und hat man jetzt schon den Kampf zwischen der National-Versammlung und der Krone als einen Kampf zwischen Republik und Monarchie fälschlich darzustellen gesucht, so wird die neue Parteispaltung zu einer solchen Gegenüberstellung in Wahrheit immer mehr hindrängen. Nach welcher Seite aber dann das ungeheure Uebergewicht sich hinneigen werde, unterliegt nach den neuesten Erfahrungen gar keinem Zweifel mehr.

Dabei bleibt es aber noch ungewiß, ob es auch nur gelingen wird, durch Einberufung von Stellvertretern in Berlin eine Majorität beisammen zu halten. Es wäre die ungeheuerste Ironie auf die Idee der Volksvertretung, wenn von demselben Wahlkreise der Stell-

vertreter in Berlin, der Abgeordnete in Brandenburg fort-dauernd tagen könnte. Einen solchen Widerspruch zu ertragen, dazu halten wir denn doch nicht einmal den Deutschen fähig, wie groß auch sonst seine politische Indifferenz sein mag. Wenn also nicht zu erwarten steht, daß viele Abgeordnete im offenen Widerspruch mit ihren Wählern nach Brandenburg gehen werden, so ist es doch kaum zu glauben, daß Stellvertreter aus Wahlkreisen nach Berlin gehen sollten, deren Abgeordnete mit ausdrücklicher oder stillschweigender Genehmigung der Wähler in Brandenburg sitzen. Es steht also in Aussicht, daß die Versammlung in Berlin überhaupt nicht beschlußfähig bleiben wird.

Wenn nun schon der großen Majorität, also der legalen National-Versammlung der aufgegebenen Militärmacht gegenüber zuletzt jede Art von Wirksamkeit abgeschnitten worden ist, und wenn das durch sie vertretene Volk sie gegen die Uebermacht trotz aller Sympathien und trotz ihres Rechtes nicht hat schützen können, auf welchen Boden für eine erfolgreiche Wirksamkeit wird da wohl eine Fraktion der Versammlung bei getheilten Sympathien und mit zweifelhaftem Rechte rechnen dürfen?

Wir glauben nicht falsch zu prophezeien, wenn wir behaupten, daß eine in Berlin zurückbleibende Minorität allmählig in Vergessenheit gerathen und einer völligen Auflösung anheimfallen wird. Das Volk hat kein Gedächtniß für Verdienste von Männern, und seien es auch Männer seiner Wahl, das Volk hat in seiner Masse keinen Sinn für eine ehrenhafte aber wirkungslose Konsequenz, das Volk hat nur Sinn für seine Interessen und wendet den Blick dahin, wo über diese wirksam entschieden wird. Das Volk wird also, sobald die Versammlung in Brandenburg durch die erreichte Beschlußfähigkeit einen legalen Boden und die Möglichkeit zu fernerer Wirksamkeit gefunden hat, sein Hauptaugenmerk nach Brandenburg richten. Ob uns das gefallen mag oder nicht, darauf kommt es hier nicht an, wir werden durch Tadel und Klagen die unerbittliche Wirklichkeit nicht ändern.

So lange es zweifelhaft blieb, ob eine Majorität in Brandenburg sich einsinden würde, hatte das Verbleiben in Berlin seinen Sinn. Das Ministerium konnte, wenn die Versicherung der Aufrechterhaltung der von der Krone eingegangenen Verpflichtungen und somit auch der Verfassungsvereinbarung ehrlich gemeint, oder wenn der Rechtsinn im Volke stark genug war, um sich die einmal gesetzlich feststehende Basis der Vereinbarung nicht rauben zu lassen, durch die Unmöglichkeit, in Brandenburg eine beschlußfähige Vereinbarungs-Versammlung zu Stande zu bringen, sich zum Nachgeben genöthigt sehen. Diese Hoffnung wird aber ganz illusorisch, wenn in Brandenburg eine beschlußfähige Versammlung zusammenkommt.

Diese Versammlung würde dann überwiegend aus Mitgliedern der Rechten bestehen, und dem Ministerium die schönste Gelegenheit geben, an dem Scheitern der Gesetzmäßigkeit festzuhalten und doch eine Verfassung zu erzielen, wie sie seinen Wünschen wenigstens am Nächsten kommt. Ein Nachgeben des Ministeriums in dieser Lage zu Gunsten der in Berlin zurückgebliebenen Abgeordneten konnte nur aus dem Wunsche hervorgehen, die linke Seite in der Versammlung stärker vertreten zu sehen, oder aber aus dem Drängen der Brandenburger Versammlung selbst. Wir kennen nun zwar nicht die Herzenswünsche des Manteuffelschen Ministeriums, aber darin sind wir sicher, daß eine Sehnsucht nach dem Verkehr mit der Linken ihm

fremd ist. Die Rechte in Brandenburg aber wird sich im Alleinbesitz der Herrschaft viel zu behaglich fühlen, der natürliche Antagonismus zwischen den beiden Gegenparlamenten wird viel zu heftig entbrennen, als daß die Brandenburger Versammlung um die Wiedervereinigung mit ihren linken Brüdern sich sonderlich bemühen sollte. Wenn hiernach das Verbleiben eines Theiles der Abgeordneten in Berlin erfolglos, wenn ihre fernere Wirksamkeit für Wahrung der Volksrechte abgeschnitten bleibt, so ist eigentlich die Frage schon erledigt, ob ihre Ehre ihnen gestattet, nach Brandenburg zu gehen?

Wir meinen hier nicht die persönliche Ehre der Einzelnen. Das glauben wir gern, daß es Vielen sehr sauer werden und große Ueberwindung kosten wird, nach Aufwendung so energischer Mittel, um das Ministerium Brandenburg zu vernichten und die Uebersiedelung nach Brandenburg zu vermeiden, nun doch mit diesem Ministerium und noch dazu gerade in Brandenburg in Verkehr treten zu müssen. Aber wir verlangen auch von dem Staatsmanne und zumal von dem Volksvertreter persönliche Aufopferungsfähigkeit. Hier handelt es sich nicht um die Ehre der Einzelnen, es handelt sich um die Ehre der Volksvertreter als solcher. Ihre Ehre aber besteht darin, die Rechte und Interessen des Volkes mit aller Selbstverleugnung überall und in jeder Weise, soweit ihre Kräfte reichen, zu wahren und zu verteidigen. So lange eine Möglichkeit offen blieb, daß sie durch ihr Verbleiben in Berlin diesen ihren Beruf erfüllen könnten, so lange forderte ihre Ehre, daß sie blieben — und Ehre ihnen, daß sie geblieben sind. Jetzt ist diese Möglichkeit abgeschnitten, ganz vollständig abgeschnitten und nur Verblendung kann noch an sie glauben. In Berlin können sie das Volk nicht mehr vertreten, kaum repräsentiren. Aber ihre Abgeordnetenpflicht ist noch nicht beendet, jede Möglichkeit zur Wahrung der Volksrechte ist noch nicht abgeschnitten, vielleicht, daß sie bald ganz abgeschnitten wird, aber der letzte Versuch muß gemacht werden, wenn sie ihre Pflicht ganz erfüllen wollen. Tritt ihnen in Brandenburg dieselbe Gewalt hindernd entgegen, die sie aus Berlin verjagte, nun dann können sie mit dem Bewußtsein abtreten, daß sie bis zum letzten Augenblicke ausgeharrt haben.

Die Versammlung kann jetzt nach Brandenburg gehen, ohne sich auch nur einer Inkonsequenz schuldig zu machen, sie kann hingehen sogar auf Grund ihres früheren Beschlusses. Sie erklärte damals, daß sie keine Veranlassung zur Verlegung nach Brandenburg sehe. Diese Veranlassung ist jetzt sonnenklar vorhanden, denn Brandenburg ist jetzt der einzige Ort, wo sie an der Erfüllung ihres Mandates möglicherweise wenigstens nicht gewaltsam verhindert wird. Die Versammlung erklärte ferner, sie anerkenne nicht das Recht der Krone zu ihrer Verlegung. Nun, dies Recht braucht sie auch heute noch nicht anzuerkennen. Sie geht nach Brandenburg, der Gewalt weichend, wie sie aus dem Schauspielhause, der Gewalt weichend, auszog, um sich ein anderes Lokal zu suchen. Die Uebersiedelung nach Brandenburg ist nur eine Fortsetzung des Umzuges von Ort zu Ort, den sie, überall der Gewalt weichend, bisher gemacht hat.

Darum gehe sie hinüber, aber nicht vereinzelt, sondern vollständig und einig; und kämpfe dort wie hier für des Volkes Recht mit Kraft, aber auch mit der Besonnenheit, welche allein Würde verleiht und den Sieg sichert.



## Preußen.

## □ Ate Sitzung der Abgeordneten im Dome zu Brandenburg, am 30. November.

Alters-Präsident v. Brünne eröffnet um 11 $\frac{1}{4}$  Uhr die Sitzung. Minister sind nicht anwesend. — Unter den Abgeordneten bemerkt man heute Hrn. Bornemann, in der Diplomatenloge den Präsidenten Gager, Herrn v. Bülow-Cummerow, hohe Stabs-offiziere und viele Damen. Nach Vorlesung und Annahme des Protokolls von gestern wird ein Schreiben des Ministers von Ladenberg mitgeteilt, betreffend die Einrichtung eines Gottesdienstes für katholische Mitglieder der Versammlung. — Es wird ferner eröffnet, daß Herr Grabow schon am 27. sein Mandat niedergelegt habe. Es folgt der Namensaufruf. Während desselben treten nach einander verschiedene, bisher in Berlin zurückgebliebene Abgeordnete ein. Man sieht die Herren Parrisius, Dunker, Hansen, v. Wangenheim, Haase, Moris, Elkmann u. A. — Nach Beendigung des Aufrufs erhält Bornemann das Wort zu einer persönlichen Bemerkung: Ich habe das Wort erbeten in meinem und meines Freundes Petersen Namen. Ich will von vornherein erklären, daß wir unser Erscheinen nicht mit Protesten und Verwahrungen beginnen wollen. Ich bin kein Freund von Protesten, am wenigsten dann, wenn sie eine freie Handlung begründen soll. Ich will mich lediglich über das Verfahren aussprechen, das ich seit dem 9. November beobachtet habe. Am 27. November war ich entschlossen, mein Mandat niederzulegen, nicht weil ich in Brandenburg nicht erscheinen wollte, sondern weil ich mich in Konflikte nicht hineinziehen lassen wollte, deren Entstehen ich vorausah. Meine Freunde hielten mich zurück; namentlich aber haben mir Besprechungen mit den Reichskommissarien die Ueberzeugung gegeben, daß das Wohl des Vaterlandes es erheische, hier eine beschlußfähige Versammlung zu Stande zu bringen. Bei dieser Ueberzeugung konnten mich persönliche Rücksichten, am wenigsten die Besorgnis, kompromittirt zu erscheinen, nicht zurückhalten, zum Wohle und Frieden des Vaterlandes an Ihren Beratungen Theil zu nehmen. — Meine Herren! Es ist nicht zu leugnen, daß ein fieberhafter Zustand seit lange in der Versammlung geherrscht hat, der eine Krisis nothwendig herbeiführen mußte. Mit dem 31. Oktober glaubte man diese eingetreten und eine Rückkehr zu einem gesunden Zustande begonnen. Die Regierung hat es anders aufgefaßt. Sie wissen, was daraus entstanden ist. Treue Freunde, die lange zusammeng gehalten, haben sich getrennt. Es giebt Fälle, meine Herren, wo Jeder in seinem guten Rechte zu sein glauben darf und aus guten Gründen seinen eigenen Weg geht. Wie ich nicht ansehe auszusprechen, daß ich die ausgeschiedenen Mitglieder für Ehrenmänner halte, so werden Sie mir beistimmen, daß wir, die Zurückgebliebenen, Anspruch darauf haben, von Ihnen für Ehrenmänner gehalten zu werden. Aber auch eine andere Ueberzeugung leitete mich. Nachdem die Majorität sich entschlossen hatte, den Anordnungen der Krone sich nicht zu fügen, glaubte ich, daß es die Pflicht der Gemäßigten sei, auszuharren, um die Vermittelung zu versuchen und die Grundsätze der Mäßigung geltend zu machen. Es ist uns nicht gelungen, und mag es als eine Vermessenheit erscheinen, wir haben das Unsere versucht, um nur gemäßigten Beschlüssen Annahme zu verschaffen. Jetzt kommt es allein darauf an, daß wir, die wir zurückgekehrt sind, mit Ihnen in engster Freundschaft leben. Mögen verschiedene Meinungen unter uns herrschen, eins muß uns beherrschen, die Mäßigung. Decken wir einen Schleier über das Vergangene. Aber halten wir demnach auch gegen diejenigen, die mit Unmaß kommen, in Eintracht fest zusammen, um den Sieg zu erkämpfen. (Bravo.)

Dunker: Auch ich habe keinen Protest vorzutragen, aber ich halte es für Pflicht, eine Erklärung meiner politischen Freunde zu Ihrer Kenntniß zu bringen. — Der Redner verliest mit Genehmigung der Versammlung eine Erklärung, die ungefähr dahin lautet: Die Unterzeichneten, indem sie an den Beratungen der Versammlung Theil zu nehmen entschlossen sind, erklären, nach wie vor in der rechtlichen Ueberzeugung zu stehen, daß der Krone die rechtliche Befugniß nicht zusteht, die Versammlung zu verlegen, zu vertagen oder aufzulösen. Sie räumen ein, daß ihre Meinung in Betreff der Verlegung bestritten werden kann. Sie würden wegen dieser Rechtsfrage allein aus Brandenburg nicht weggeblieben sein. Dieses Wegbleiben hatte seinen Grund hauptsächlich in der Fort-Eistenz des Ministeriums Brandenburg. Dies Ministerium hat sich ungeachtet des entschiedensten Mißtrauens, das noch verstärkt ausgesprochen wurde durch das Wegbleiben der großen Mehrheit der Versammlung, noch immer nicht zurückgezogen. Die Unterzeichneten halten es deshalb für ihre Pflicht, nicht länger durch ihr Fortbleiben die Beeinträchtigungen der Volksfreiheiten zu gestatten und zuzugeben, daß das Verfassungswerk noch länger verzögert werde. — Die Erklärung ist unterzeichnet von Steimmig, Nethe, v. Wangenheim, Rehme, Haase, Kunth, Elkmann, Schadebrod, Sohrweide, Dunker

und noch 4—5 Anderen aus dem Centrum. — Der Redner fügt hinzu: Ich spreche persönlich die zuversichtliche Hoffnung aus, daß morgen die Versöhnung in diesen Räumen angebahnt sei und daß diese Krisis zum Heil des Vaterlandes ausschlagen wird.

Parrisius: Auch ich habe mich persönlich zu erklären. Ich befinde mich nicht im Einklange mit den beiden Rednern vor mir. Ich bin hierher gekommen, um die Versammlung, soviel an mir liegt, vollständig zu machen, und um hier den Kampf gegen ein volks- und freundschaftsfeindliches Ministerium fortzuführen. (Furchtbarer Lärm. Fortwährender Ruf: zur Ordnung! zur Ordnung!) Ich habe aber noch einen zweiten Standpunkt. Ich denke, die National-Versammlung wird die Wahl haben, dieses Ministerium zu überwinden. (Neuer endloser Tumult. Wiederholter Ruf zur Ordnung. — Der Präsident stellt mit der Glocke endlich die Ruhe her.) Meine Herren, ich gebe Ihnen die Versicherung, daß wie ich fest stehe gegen das Ministerium, für das Volk und seine Freiheit, ich so lange meine physischen Kräfte ausreichen, dahin wirken werde, daß die Freiheiten des Volkes von keiner Seite beeinträchtigt werden.

Bauer (Berlin): Ich erinnere an das, was die beiden vorletzten Redner gesprochen haben. Es waren Worte der Versöhnung. Der letzte Redner hat diesen Weg nicht eingeschlagen. Unter dem Vorwande einer persönlichen Bemerkung hat er denselben Weg betreten, auf welchem seit 7 Monaten zum Unheil des Landes nur Zwiespelt ausgesät wurde. Ich protestire dagegen, daß hier Charaktere verdächtigt werden und von einem unter uns gesagt werde, daß er nicht für die Freiheit kämpfe.

Parrisius will die Tribüne besteigen. (Neuer Lärm. Ruf zur Tagesordnung.) Ich habe eine faktische Berichtigung zu machen. Es ist eine sehr schwere Anklage gegen mich erhoben. (Ja wohl!) Der Verdächtigung von Charakteren. Es wird mir doch wohl gestattet sein, zu behaupten, daß ich für die Freiheit zu kämpfen entschlossen bin.

Reichensperger: Es kann nicht gestattet werden, daß hier Jeder von der Tribüne herab, Erklärungen über sein persönliches Verhalten gebe. Sollte das zulässig sein, so hätten wir, die wir in der Presse und auf jede Weise verdächtigt wurden, viel eher Grund hier aufzutreten und uns gegen ungerechte Angriffe zu verteidigen.

Der Alters-Präsident verkündet das Resultat der Zählung: gegenwärtig sind 182 Mitglieder und 13 mit Entschuldigung abwesend.

Auf der Tages-Ordnung steht der Antrag von Simons. Simons erklärt: verschiedene Umstände bestimmen mich dahin anzutragen, daß die Verhandlung des von mir gestellten Antrages bis morgen verschoben werde. — Dies wird genehmigt und die Vertagung der Sitzung bis morgen Vormittag 11 Uhr beschlossen. — Schluß der Sitzung 12 $\frac{1}{2}$  Uhr.

tz Brandenburg, 30. Nov. Es war heute eben so wenig eine beschlußfähige Anzahl von Abgeordneten in der Domkirche anwesend, wie an den vorhergehenden Tagen. Das Resultat des Namens-Aufrufs ergab 182 Anwesende und mit Einschluß von 13 Beurlaubten 195 Abgeordnete, welche den Sitzungen in Brandenburg beizuwohnen entschlossen sind. Doch ist bestimmt zu erwarten, daß Morgen eine beschlußfähige Anzahl von Abgeordneten sich hier einfinden werde. Es hat eine neue Vereinigung stattgefunden. Nach den heftigsten Debatten in den Fraktionen ist ein Theil der gemäßigten Linken ins linke Centrum übergegangen, und der gemäßigten Linken steht eine Verstärkung aus den Reihen der äußersten Linken bevor, welche schwer seufzt unter der Diktatur Jakobys und Waldeck's. Bis zum letzten Augenblick gaben diese sich Mühe den Schritt zu hindern, aber das Gefühl, welches bei den Meisten in den Fraktionen der Mitte lebhaft war, daß man zu weit gegangen, einkenken müsse, und durch starres Festhalten nicht wirklich die Freiheit gefährden dürfe, indem man das Spiel aus der Hand gebe, hat zu den angebotenen Maßnahmen geführt. Auf diese Weise ist Hoffnung, daß, wie Bornemann in der heutigen Sitzung in seiner von dem lebhaftesten Beifall mehrmals unterbrochenen Rede äußerte: „Die Parteien den Weg der Vereinigung zur Konstituierung einer für das Vaterland heilsamen Verfassung betreten, und die Krise, welche die Versammlung überstanden, ihre Gesundung herbeiführe.“ Es ist jetzt aber unwahrscheinlicher noch als früher, daß die Verfassung hier in Brandenburg zu Stande kommt. Es steht in Aussicht, daß die ersten Anträge und Beschlüsse auf Zurückverlegung nach Berlin gerichtet sein werden, und wenn wir auch nicht wünschen, daß die „Strömungen der Hauptstadt“ die Abgeordneten mit sich fortreißen, so können wir doch nicht für gut halten, daß ihre Thätigkeit der Beobachtung größerer Kreise entzogen bliebe, welche dem ganzen Volke für die Gewissenhaftigkeit ihrer Vertreter eine sicherere Garantie bieten, als das Publikum einer kleinen Provinzialstadt. Auch giebt die Veränderung in der Parteistellung, welche auch viele Fäden nach Außen hin zerreißen wird, in

Verbindung mit dem Resultat der Maßregeln, welche in Berlin angewandt worden sind, eine hinlänglich sichere Bürgschaft, daß das alte Spiel sich nicht erneuert und Scenen, über welche jeder wahre Freund der Freiheit betrübt sein mußte, eine Unmöglichkeit künftig sein werden. Wie man vernimmt, geht das jetzige Centrum darauf aus, von Unruh wieder zum Präsidenten zu erwählen. Gelingt ihr dies, so wird sich mit größerer Sicherheit, als es heute möglich ist, beurtheilen lassen, welche Färbung die neu zusammen tretende Versammlung haben wird. Ueber einen Rücktritt des Ministeriums verlautet zur Zeit nichts und von einem Ministerium Simson, obgleich derselbe nebst v. Gager hier anwesend, ist alles stille. Schließlich muß ich eine Notiz, die ich in einer Zeitung, ich glaube der Vossischen, fand, daß von dem Minister des Innern außerordentliche Maßregeln in Betreff der Fremdenpolizei getroffen werden, nach eigener Erfahrung und Mittheilung eines städtischen Beamten als eine durchaus unbegründete bezeichnen. Es findet nicht die geringste Beschränkung statt und von Seiten der städtischen Behörden ist nur eine geringe Verstärkung des Polizei-Personals erbeten, wie solche für die außerordentlichen Umstände unumgänglich nothwendig erschien.

C. B. Brandenburg, 30. Nov. Wenn die Aussicht, eine beschlußfähige Versammlung hier zusammenzubringen, sich heute nicht verwirklicht hat, so wird dies auf morgen desto bestimmter erwartet. Nachdem die Herrn Bornemann, Parrisius und Dunker mit ihrem Anhang heute erschienen sind, ist es kaum zu bezweifeln, daß der in Berlin noch zurückgebliebene Theil der Majorität es nun für seine Pflicht erachten wird, die Rechte des Landes, gegenüber dem Ministerium Brandenburg und der ihm befreundeten Partei an derjenigen Stelle wahrzunehmen, an welcher ein freies Wort für die gekränkten und verhöhten Volksrechte jetzt allein noch möglich ist. Wir wollen hierbei nicht verhehlen, daß unter den seit mehreren Tagen hier versammelten Abg. nicht alle als servil bezeichnet zu werden verdienen. Es ist uns wohl bekannt, daß Manche unter ihnen jetzt zum vollen Bewußtsein ihrer Würde und dessen gekommen sind, was sie dem Lande schuldig sind. — Herr v. Wincke, der sich gestern hier befand, wird seinen Platz in der Versammlung nicht einnehmen, sondern wahrscheinlich schon heute nach Frankfurt zurückreisen. — Außer Herrn Grabow hat auch sein Stellvertreter Herr Kalbersberg das Mandat niedergelegt. Herr Grabow hatte die Ueberzeugung gewonnen, daß die Versammlung in ihrer gegenwärtigen Gestalt als bereits aufgelöst zu betrachten ist. Seine individuelle Meinung von den Rechten der Krone war er der politischen Zweckmäßigkeit unterzuordnen bereit. Er glaubte jedoch die Entlassung des Ministeriums Brandenburg als unerläßliche Basis jedes Vergleichs fordern zu müssen. Die Antwort, die ihm in Potsdam, wurde daß sich diese Entlassung mit der persönlichen Ehre des Königs nicht vertrage, bestimmte ihn, gänzlich zurückzutreten. —

Berlin, 30. Nov. Dem Bildhauer Julius Hänel, aus Schmiedeberg bei Dippoldswalde gebürtig, welcher hieselbst unter Leitung des Prof. Riß besonders durch Modellirungen nach lebenden Thieren des zoologischen Gartens sich ausgezeichnet hat, ist von dem Senat der königl. Akademie der Künste die silberne Medaille für Künstler mit eingestochenem Namen zuerkannt und in der Senatsitzung am 25. d. Mts. überreicht worden.

Angekommen: Se. Excellenz der Erb-Landhofmeister im Herzogthum Schlesien, Graf v. Schaffgotsch, von Breslau. Durchgereist: Der Ober-Präsident der Provinz Preußen, Staatsminister von Auerwald, von Stettin kommend, nach Brandenburg.

G Berlin, 30. Nov. [Konstitutionelle Korrespondenz.] Die Urtheile der englischen und französischen Presse — unbezweifelt kompetenter Richterinnen in solchen Dingen — waren unserm Volke und seiner politischen Mündigkeit bisher nichts weniger als günstig. Mit besonderer Geringschätzung sahen die Engländer, diese Veteranen der Freiheit, auf die Dregien herab, die wir, — „die Sklaven, welche die Fessel gebrochen“ — in und außer unserer National-Versammlung feierten, auf die Ausgelassenheit, mit der wir, die Bruchstücke der zerrissenen Kette noch an den Füßen, gleich Wahnsinnigen auf den Trümmern des Polizeistaats umhertanzten und urplötzlich von gar keiner Beschränkung der individuellen Ungebundenheit mehr hören wollten, wie wir, die wir noch vor einem Jahre vor jedem Polizei-Kommissarius pflichtschuldigst den Hut zogen, es selbst ihnen, deren Ahnen und Urahnen freie Männer waren, plötzlich an Freisinnigkeit zuverthun wollten. Mit mitleidigem Lächeln blickten die Britten auf das unbeholfene Kind der Freiheit, welches sich über Nacht aus dem Schooße der Revolution ans Licht gerungen und das, noch in den Windeln liegend, schon schneller zu laufen versprach als seine erwachsenen Verwandten. Alle ausländischen Blätter, die charitistischen jenseits und die roth-republikanischen diesseits des Kanals allein ausgenommen, geißelten unbarmherzig die Anmaßung mit der wir



ABE. Schüler der Freiheit sie belehren wollten und mehr als eine „heitere“ Zeile ist aus britischer Feder geflossen über das plumpe Ungeschick und die politische Kurzsichtigkeit, mit der wir uns z. B. der Reorganisation unserer Sicherheits-Polizei (im Konstabler-Institut), der Regelung des Associationsrechtes (im Aufrühr-Gesetz) entgegenstemmen. Alles unter dem Vorwande der Freiheit, die doch eben durch jene Maßregeln auf der einzig haltbaren Basis, der des Gesetzes, begründet werden sollte. — Sie, die in der Freiheit Ergrauten, wußten freilich, daß die Freiheit nur dann bestehen könne, wenn durch die Gesetze ihr Mißbrauch beschränkt werde, und daß eine Freiheit im Sinne der tausend und aber tausend Ultraliberalen, welche so plötzlich in allen Ständen aus Licht kamen, als man am 19. März „Morgenluft“ witterte, daß eine vollständige Ungebundenheit nicht allein in die fürchterlichste Tyrannei, in Schreckens- und Pöbelherrschaft ausarten, sondern auch in ganz natürlicher Reihenfolge ein Diktatur nach sich ziehen muß, die der Freiheit auf längere oder kürzere Zeit wieder ein Ende macht. Diese Lehre mußten die Franzosen zum zweitenmale entgegennehmen, als sie sich im Juni vor dem Terrorismus ihrer republikanischen Freiheit unter das eiserne Regiment Cavaignac's flüchteten, um nach Monaten zum ersten Male wieder frei zu athmen — im Belagerungszustande!!! Auch wir haben nun schon Aehnliches gelebt, möchten wir es nur auch benützen. Auch wir haben einen Belagerungszustand, den wir nur der „Freiheit“ im Sinne der Linken verdanken. Auch in Berlin ist das Standrecht proklamiert, nachdem viele Monate nur das Volksrecht im Sinne des demokratischen und Linkenklubs gegolten. — So würde auch der christlich-germanische Staat, das Militärwesen, die denkwürdige Theorie von dem beschränkten Unterthanenverstande, sollten sie jemals, was Gott verhüten möge, wiederkehren, nur den Bestrebungen unserer Liberalen der neuen Schule zu verdanken sein, für welche die Liberalen der alten Schule, die Gervinus, die Mathy, die Camphausen, die Hansmann u. A. als Reaktionsäre gelten.

† Berlin, 30. Nov. [Das Bureau der National-Versammlung wird mit Beschlag belegt. — Verhandlungen der Parteien über die Frage, ob man nach Brandenburg gehen solle oder nicht.] Herr Wrangel hat jetzt die Rolle eines „Reichs“-Generals plötzlich mit der eines Guerilla-Häuptlings vertauscht. Er bekämpft die National-Versammlung durch schießende Colonnen, deren Offiziere mit dem höchst ehrenvollen Auftrage von Konstabler-Dressen und Sbirren-Anführern beglückt werden. Nicht zufrieden, vor einigen Tagen das Hotel Mylius dreimal militärisch besetzt und von den anwesenden Gästen geräumt zu haben, wiederholt dieser Feldherr heute morgen in einer Privatwohnung unter den Linden, wo sich interimistisch das Bureau der preussischen National-Versammlung befand, dasselbe Manöver. Das Militär marschierte, als ob es die Einnahme einer Festung und unbeweglichen Barrikade gelte, Compagnienweise die Linden auf und ab, hatte abermals die Kupferhütchen aufgesetzt, kurz es machte ein Aufsehen, als sollten die Häuser alle einzeln angegriffen und demolirt werden. Das Bureau wurde mit Soldaten angefüllt, und der befehlgebende Hauptmann, v. Hohendorf glaub ich, ließ sofort sämtliche Schränke und Möbel durch einen Schlosser zerbrechen, um sich der vorhandenen Papiere und Drucksachen zu bemächtigen, welche in einigen Droschken fortgebracht wurden. Auf die Frage der Anwesenden um Legitimation erhielten diese die acht militärische Auskunft, diese ginge sie nichts an, und er habe seine Aufträge zu vollführen. Zuletzt mußten die anwesenden Abgeordneten ihr eigenes, von ihnen gemietetes, Zimmer verlassen! Diese kleinlichen Placereien, in denen unsere Soldaten als Polizeidiener figuriren, haben zugleich etwas höchst Humoristisches; denn muß es nicht Lachen erregen, einige wenige Abgeordnete tagtäglich von Armeen verfolgt zu sehen, während die Bevölkerung Berlins einen förmlichen Todeschlag schläft? Es herrscht eine Dede in den Straßen, über die man erschrickt, und doch alle Tage neue Verschärfungen des Belagerungszustandes, die man sich nur als Ausgeburten soldatischer Rache erklären kann. — Der heutige Schlag hat nun viele Mitglieder des linken Centrums bei Caspari (Robbertus, Philipps) und des Centrums im Hôtel de Russie (Wachsmuth u. s. w.) zu dem bestimmten Entschlusse gebracht, nach Brandenburg zu gehen, um dort wo möglich den sofortigen Sturz des Ministeriums von der Tribüne herab zu versuchen. Was Ihnen bis jetzt über den Zwiespalt unter den hier anwesenden Mitgliedern der National-Versammlung mitgeteilt worden ist, beruht auf völlig unhaltbaren Gerüchten. Die Einzelnen, welche aus den verschiedenen Parteien, nach Brandenburg gezogen sind, hatten ihren diesfälligen Entschluß schon vorher ausgesprochen, und was die beiden Abgeordneten Menckel (Post-Gleiwitz) und Tegel (Nimptsch) betrifft, so ist nur bemerkenswerth, daß nämlich ersterer am Tage vor seiner Abreise nach Brandenburg, die er so glücklich verheimlichte, sich aus der Privatkasse der

hiesigen Abgeordneten, aus welcher ganz unbemittelte Mitglieder während der Entziehung ihrer Diäten unterstützt werden, einen Vorschuß von 15 Rthl. sich auszahlen ließ, und daß Hr. Tegel erklärte, sein Amt nicht aufs Spiel setzen zu dürfen, er gehe demnach nach Brandenburg \*). Außer diesen beiden Fällen sind noch 4 oder 5 andere vorgekommen, und wenn man aus dem Schluß gefolgert hat, die sämtlichen bürgerlichen Abgeordneten wollten übersiedeln, so beruht dies völlig auf leeren Gerüchten. Die bürgerlichen Abgeordneten gerade haben einen solchen Verdacht mit Unwillen von sich zurückgewiesen, und der größere Theil von ihnen erklärte, wenn Geldmangel eintrete, lieber nach Hause reisen, als sich nach Brandenburg begeben zu wollen. Die beiden Fractionen außer der Linken waren noch bis gestern Abend der Meinung, man müsse entweder insgesammt oder gar nicht gehen, das Kläglichste sei jedenfalls, die Brandenburger Versammlung durch Uebertritte Einzelner beschlußfähig zu machen. Die größte Lust zur Uebersiedelung nach Brandenburg zeigt das Centrum im Hôtel de Russie, wo Hr. Dünker, ein Berliner Stadtrath, die Partei unablässig für diese Ansicht zu bearbeiten suchte. Daher denn auch die verschiedenen Gerüchte. Gestern Abend erschienen nun plötzlich 2 Deputationen aus dem Hôtel de Russie und vom linken Centrum (bei Caspari) bei der Linken, um ihr die Erwägung dieser Eventualität nochmals anheimzustellen. Wie wir hören, ist jedoch dieser Vorschlag abermals zurückgewiesen worden, weil sich in Brandenburg das Berliner Schauspiel jedenfalls erneuern würde, falls die National-Versammlung ihre seit dem 9. November gefassten Beschlüsse aufrecht erhalte. Die Linke ist der Ansicht, daß nur die äußerste Consequenz von Seiten der Nationalversammlung siegen könne, während die geringste Nachgiebigkeit für die Reaktion von unberechenbarem Vortheil sein müsse. Das Zögern und wiederholte Vertagen von einem Tage zum andern beweise, daß dem Ministerium Alles an einer beschlußfähigen Anzahl gelegen sei, und dies müsse man als ein Zeichen von Unsicherheit und Schwäche betrachten. Uns scheinen diese Gründe die allein richtigen. Begiebt sich nämlich die Majorität nach Brandenburg, so ist die Folge dieses Schrittes, daß der Präsident v. Unruh aufgefordert wird, das Protokoll vom 15. Novbr. verlesen und zur Annahme bringen zu lassen. Dagegen wird (und muß in seiner Lage) das Ministerium protestiren, und die Folge hiervon ist, entweder eine abermalige Vertagung oder Auflösung! Das Weitere ergibt sich von selbst! Vorläufig würde es also bei dem jetzigen Zustande bleiben, und die Versammlung hätte die gräßliche Blamage auf sich geladen, durch ihre Inkonsequenz dem Ministerium zu einem neuen Gewaltstreiche verholfen zu haben. Täusche man sich nicht! Das Volk würde ebenfalls aufs Neue durch eine Sündfluth protestiren; aber abwerfen würde es dieses Joch in diesem Augenblicke nimmermehr. So stehen jetzt Nachmittags um 1 Uhr die Sachen. Wahrscheinlich werde ich Ihnen noch heute die Mittheilung machen müssen, daß sich morgen nichts destoweniger eine große Zahl von Abgeordneten nach Brandenburg begeben, um dort einen allerletzten Streich zu versuchen.

Abends 6 Uhr. So eben werden sich die zurückgebliebenen Mitglieder der drei Fractionen in einem Privatlokal versammeln, um sich wegen morgen zu besprechen. Vorläufig hat eine Besprechung der Linken das Resultat gehabt, daß 53 Mitglieder derselben unter keinen Umständen nach Brandenburg gehen, sondern es auf den Beschluß der heutigen Majorität ankommen lassen und Einige es von dem Votum ihrer Wähler abhängig machen wollen, ob sie nach Brandenburg gehen sollen. Es ist nicht mehr zweifelhaft, daß morgen die Versammlung in Brandenburg beschlußfähig wird, da sich die hiesige Majorität wahrscheinlich für die Reise dahin entscheiden dürfte.

C.-B. Berlin, 30. Novbr. [Aus dem Tagesberichte.] Von morgen ab wird die National-Zeitung wieder erscheinen, ohne daß sie besondere Reaktionen oder Garantie gestellt hätte. Auch die Zeitungshalle soll bei den Behörden Schritte gethan haben, um fortzuerstehen zu dürfen und es soll nicht unwahrscheinlich sein, daß ihr dies mit einigen Beschränkungen auch noch während der Dauer des Belagerungszustandes gestattet werden wird. — Unsere Gewerbetreibenden klagen gar sehr über die Folgen des Belagerungszustandes. Die Handwerker haben fast gar nichts zu thun und die Kaufleute stehen leer, was auch die Neue Preuss. Zeitung von einem Aufschwung der gewerblichen Verhältnisse fabeln mag. — Dem Präsidium der National-Versammlung sind von einigen schlesischen Orten Geldsummen zugegangen, ein schlesischer Bauer soll der Versammlung allein 1300 Rthl. zur Verfügung gestellt haben. Auch

\*) So eben höre ich, daß sich auch der Abgeordnete für Sagan, Herr Erbscholtz-Besiger Krause, nach Brandenburg begeben, um einen 14tägigen Urlaub zu einer Reise nach Hause gebeten hat.

bei der hiesigen Kaufmannschaft circulirt eine Subskriptionsliste; es sollen bereits nicht unbedeutende Beiträge gezeichnet sein.

CC. Berlin, 30. Nov. [A. d. Tagesbericht.] Der demokratische Central-Ausschuß hat heute ziemlich bedeutende Geldsummen aus dem deutschen Oberlande, namentlich aus Baden erhalten. Die Demokratie scheint sonach trotz des Belagerungszustandes, trotz des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel, vielleicht sogar, weil eben dies Ministerium da ist, Berlin als den Ausgangspunkt der deutschen Republik noch nicht aufgegeben zu haben. Während die hiesigen Rothen mehr und mehr den belagerten Umkreis der Stadt verlassen, um ihr Heil in den Provinzen zu versuchen, finden sich die Demokraten vom preussischen Rhein hier ein, weil dort, wie sie selbst erlich genug sind, zu gestehen, ihr Reich hoffnungslos zu Ende ist. — Der sozialistische und kommunistische Theil unserer Bewegungshelden beabsichtigt nach Aufhören des Belagerungszustandes die Revolution auf ein anderes Gebiet zu spielen, indem er durch Anstellung von Arbeiter-banquets u. s. w. die besitzlosen Arbeiter gegen den besitzenden Bürgerstand, das Proletariat gegen die Bourgeoisie aufheben will. — Dem Vernehmen nach soll beschlossen sein, den Zinsfuß des hiesigen Sparcassen-Instituts herabzusetzen, und jedem der 10 Thaler und darüber an die Kasse zu fordern hat, für das Kapital eine städtische Obligation zu überweisen.

\* Potsdam, 30. Nov. [Die silberne Hochzeitseier.] Gestern Morgen 10 Uhr war ein buntes Leben auf dem Perron des Bahnhofes. Man sah Costüme und Gallakleidungen aller Art, vom griechischen und türkischen Kostüm, den rothen englischen Röcken bis zu der deutschen Hoffkleidung. Es waren das diplomatische Corps und mehrere Deputationen aus Berlin und den Provinzen, so wie auch höhere Offiziere, die sich zur Beglückwünschung des hohen Königspaares nach dem Schlosse begaben. Unter Anderm war auch eine Deputation von Damen aus Prenzlau, geführt von einem Magistratsmitgliede und dem Stadtverordnetenvorsteher mit einer Beglückwünschungsadresse dort erschienen. Auch waren das Offiziercorps und die höheren Beamten zur Gratulations-Cour empfangen worden. Mittags war große Tafel im Marmorfaal zu Sanssouci, wobei auch das diplomatische Corps zugegen gewesen sein soll. Während der Tafel führte der Domchor Gesänge auf. Um 4 Uhr ertönten bei der Ausbringung des Toasts auf das hohe Königspaar, von einer rauschenden Fanfare des Musikchors begleitet, 10 Kanonenschüsse, aus einer Batterie, die hinter Sanssouci aufgestellt war. Die beiden gestrigen Festmahl im neuen Bahnhofsgelände und auf dem Schützenhause gewährten ein Bild der innigsten Vereinigung und Verbrüderung aller Stände. Mehr als 400 Personen vom Militär und Bürgerstande hatten ihre Plätze durch das Loos angewiesen erhalten. Reiche und Arme waren gemischt, indem die minder Wohlhabenden von ihren vermögenden Mitbürgern eingeladen waren. Auch Deputierte aus Brandenburg sah man dort. Den Toast auf das hohe Königspaar und dessen silberne Hochzeit brachte der Oberpräsident Bötticher aus. Nach aufgehobener Tafel lud der Oberst der Bürgerwehr die Anwesenden ein, an dem Feste auf dem Schützenhause Theil zu nehmen. So gestaltete sich auf das heiterste und herzlichste ein Fest, wie es dem Geiste einer neuen Zeit würdig ist. — Zur Feier der silbernen Hochzeit SS. MM. hatte Herr Generalmusikdirektor Meyerbeer eine Festhymne a capella im kirchlichen Stil componirt und von Paris hieher gesandt. Dieselbe ist am Tage des Festes in Sanssouci unter Leitung des Musikdirektors Herrn Neidhardt durch den Chor ausgeführt worden. Sie besteht aus 3 Musikstücken, deren mittleres ein sechsstimmiges Solo von besonders schöner Wirkung ist.

Potsdam, 30. Novbr. Ihre königl. Hoheiten der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz sind gestern, von Schwerin kommend, hier eingetroffen und heute dahin zurückgereist. Ihre Majestät die Königin von Sachsen ist heute nach Dresden zurückgereist.

Danzig, 27. Nov. [Untersuchung.] Es reiste heute ein Divisionsauditeur von hier ab, der mit der Untersuchung gegen mehrere in Pillau verhaftete Offiziere, die sich bei demokratischen Adressen betheiligt haben sollen, beauftragt worden ist. (Danz. Z.)

Schildberg, 26. November. [Militärische Besatzung.] Heute erhielt unser Städtchen militärische Besatzung: einen Theil von der vierten Compagnie, dritten Bataillon sechsten Infanterie-Regiments, und ein Kommando Ulanen, von der vierten Schwadron, ersten Regiments, zusammen 110 Mann, von Ostrowo kommend. Wie verlautet, sollen diese Truppen zur Vertreibung der Abgaben benutzt werden. Namentlich zeigen sich viele Landbewohner hinsichtlich der Schulbeiträge höchst renitent, was freilich eine Konsequente Folge ihres Geklüßes, die Schullehrer abzuschaffen ist. An derweitige Vermuthungen über den Zweck des Militärs



gehen dahin, bei der, wie man allgemein glaubt, nahe bevorstehenden Feststellung der Demarkationslinie und der darauf folgenden Reorganisation, Assistenz zu leisten. — Neulich bekamen die an der Grenze in Podgrabow, zwei Meilen von hier stationirten Kosaken, gegen 100 Mann, eine Traktamentzulage. Bald darauf waren die Kerle fast sämmtlich betrunken, und lagen im Freien am Boden, der Eine hier, der Andere da. Sie sind übrigens ein fideles Korps, viele von ihnen sprechen deutsch und freuen sich, wenn ein Deutscher mit ihnen zusammentrifft. (Pos. 3.)

**Merseburg, 23. November.** Die hiesige Regierung macht Folgendes bekannt: „Schon seit mehreren Monaten hatte der Dr. med. Stockmann zu Vibra sich als Vorsteher eines sogenannten Demokratenvereins den Behörden bemerkbar gemacht, indem er viele Einwohner der kleinen Stadt Vibra und der Umgegend für seine auf den Umsturz und die Auflösung der bestehenden Einrichtungen und jeder gesetzlichen Autorität im Staate gerichteten Tendenzen gewonnen und zu verschiedenen strafbaren Handlungen verleitet hatte. Wegen Mißhandlung eines Gensdarmen und Erregung von Tumult, wegen Beschimpfung und Mißhandlung des Bürgermeisters von Vibra in einer Bürger-Versammlung, wegen Anmaßung der Amtsgewalt durch Ausstellung von Passkarten, Befreiung von Gefangenen u. s. w. ward der Dr. med. Stockmann zur Untersuchung gezogen und dem Inquisitoriate zu Zeitz überliefert. Nach kurzer Haft wurde er indessen im Anfange des Oktobers wieder entlassen und ein Urtheilspruch ist in der gegen ihn fortgesetzten gerichtlichen Untersuchung bis jetzt noch nicht erfolgt. Nach seiner Rückkehr nach Vibra trat Stockmann mit seinen verbrecherischen Bestrebungen immer kühner hervor. Namentlich aber benutzte er die seit 14 Tagen herrschende Aufregung, um größeren Anhang zu gewinnen. Nachdem es ihm gelungen war, sich durch Deputationen, welche zum Theil ohne Auftrag zu diesem Zwecke nach Vibra gekommen, zum Führer der Bürgerwehren vieler Ortschaften des Kreises Eckartsberga wählen zu lassen, errichtete er in Vibra auf dem Rathhause ein Bureau unter dem Namen des Kreis-Kommandos, dessen Leitung neben ihm oder in seiner Abwesenheit, als seine Stellvertreter, der Buchhändler Otto Maas aus Naumburg und der Dr. med. Neuhaus aus Laucha übernahmen. Es wurden unter diesem Namen Verfügungen erlassen, Waffen zu schmieden, Kugeln zu gießen und Zuzug nach Vibra zu gewähren. Daneben ward zur Verweigerung der Steuerzahlungen und des Landwehrdienstes durch Verbreitung des als Extra-Beilage zur „Halle'schen demokratischen Zeitung“ gedruckten Plakats, wegen dessen die Redaktoren bereits der gerichtlichen Bestrafung übergeben worden sind, durch Ansprachen und schriftliche Mittheilungen aufgefordert. Am 16. d. M. ward eine bewaffnete Volksversammlung zu Lossa im Freien abgehalten, zu welcher sich gegen 1000 Theilnehmer eingefunden haben sollen und wobei auf Anregung des Dr. Stockmann verabredet ward, nach Berlin zu ziehen, um der Nationalversammlung bewaffneten Beistand gegen die Regierung zu leisten, zuvor aber im Eckartsbergaer und Querfurter Kreise nicht bloß die Königl. Kassen in Beschlag zu nehmen, sondern auch die wohlhabenden Grundbesitzer zu brandschatzen. Einige Gemeinden haben durch Sendungen von Geld und Waffen sich von der Theilnahme an solchen Zuzügen loszukaufen gesucht. Viele Einwohner und Bürgerwehrmänner aus andern Nachbarorten von Vibra und Leute der untersten Volksklassen aus entfernteren Gegenden haben sich theils aus Furcht vor dem Stockmann, der die Nichtachtung seines Befehls zum Erscheinen in Vibra mit Todtschießen zu strafen drohte, theils durch seine Versprechung eines täglichen Soldes von 7½ Sgr. verleiten lassen, nach Vibra zu gehen und sich unter die Befehle des Kreis-Kommandos zu stellen. Namentlich ist seit dem 19. d. Mts. eine Schaar von etwa 100 jungen unbefähigten Leuten aus dem Arbeiterstande von Naumburg nach Vibra gezogen. Nach dem Eintreffen dieser Zuzüge errichtete das Kreis-Kommando zwei Abtheilungen der Freischaren, von denen die eine die Vibraer und die andere die Naumburger genannt wurde, und mit denen sich, so viel bis jetzt ermittelt ist, auch die Vibraer Bürgerwehr vereinigt hat. Die Freischärler mußten sich durch einen Eid zum Dienste des in Berlin noch berathehenden Theiles der vertagten Nationalversammlung verpflichten. Die Stadt Vibra selbst und die nächste Umgegend war bei diesem Zustande der Dinge völlig der Willkürherrschaft des Stockmann und seines Anhangs Preis gegeben. So ward schon am 14. d. M. das Haus des Raths-Assessors Weilepp, der dem ungesetzlichen Treiben Einhalt zu thun versucht hatte, von einer Bande unter Führung des Stockmann angegriffen, theilweis demolirt und beraubt. Der greise Vater des Dr. Weilepp erfuhr dabei lebensgefährliche Mißhandlungen. Von den zwei Eskadrons Husaren, welche zur Aufrechterhaltung der Ordnung, den Eckartsbergaer Kreis besetzt hielten, ward ein Zug von zwanzig Mann mit einem Offizier in einem Hohlwege bei dem Dorfe Saubach von den Stockmann'schen Schaa-ren überfallen, nach Vibra gebracht, hier gefangen ge-

halten, und der Pferde und aller anderen Armaturstücke beraubt. Dasselbe Schicksal hatten vorher schon zwei von Halle und Naumburg nach Vibra gesandte Gensdarmen, der Kreissbote und einige Privatpersonen erfahren. Gegen ein solches anarchisches und gefährliches Treiben, welches die ruhigen Einwohner unseres Bezirkes mit Sorge und Schrecken erfüllte, mußte endlich mit aller gesetzlichen Strenge eingeschritten werden. Gestern rückte eine starke mobile Kolonne unter den Befehlen des General-Majors v. Schack und begleitet von einem Regierungs-Kommissarius vor die Stadt Vibra. Bei der Annäherung der Truppen zeigten sich in Gräben und hinter Büschen versteckt bewaffnete Banden, welche auf die herankommenden Husaren die Gewehre anlegten, jedoch nicht abzubücken wagten. In der Stadt ward die Sturmglöcke gezogen. Der Dr. Neuhaus hatte die Frechheit, den Truppen entgegen zu reiten und wegen Uebergabe der Stadt unterhandeln zu wollen. Er ward auf der Stelle festgenommen. Seine Taschen waren mit Kugeln, Kugelpflastern und anderer Munition gefüllt. Seine später aufgefundenen Rüsche war scharf geladen, um, wie er angab, Ruhe und Ordnung in seiner Schaar zu erhalten. Während die Truppen schnell von der Stadt Besitz nahmen, waren jedoch die meisten von auswärts zugezogenen Freischärler entflohen, mit ihnen Otto Maas. Die Zurückgebliebenen hatten, wie die Bürgerwehrmänner aus Vibra, die Waffen abgelegt und verborgen. Viele von diesen wurden bald nach dem Einmarsch der Truppen noch im Besitz von Munition gefunden und daher auf frischer That verhaftet. Die Inhaftirten, unter ihnen der Dr. Neuhaus, sind heute bereits dem von dem Königl. Land- und Stadtgerichte in Naumburg dem Regierungs-Commissar zur Feststellung des objektiven Thatbestandes beigeordneten Commissarius übergeben worden. Einige andere fremde Personen wurden wegen Mangel an Legitimation in Vibra festgehalten und der Ortspolizei-Behörde überwiesen. Von den entwichenen Freischärlern sind heute noch acht in Nebra, drei in Eckartsberga und einer in Mülcheln von den Einwohnern ergriffen worden. — Die Bürgerwehren der Ortschaften Vibra, Steinbach, Kalbis, Wallrode, Saubach, Bucha, Wolmirstadt, Allerstadt u. s. w. sind von dem Präsidenten der Regierung auf Grund des § 4 des Gesetzes v. 17. Oktober d. J. vorläufig ihres Dienstes enthoben und auf Requisition des Befehlshabers der Truppen zur schleunigen Ablieferung der Waffen aufgefordert worden. Die durch die Stockmann'schen Schaa-ren vernichtete Autorität der städtischen Behörden in Vibra ist sofort wieder hergestellt und der Bürgermeister Prater, welcher zur Rettung seines Lebens die Stadt hatte verlassen müssen, durch eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten eingeladen worden, in ihre Mitte zurückzukehren und sein Amt wieder zu übernehmen. Der Dr. Stockmann hat feig genug seine von ihm behaupteten Schaa-ren schon am 20. d. Mts. verlassen und sich, so viel bekannt, zunächst nach Mülcheln, Schaafstädt und Querfurt begeben, wo er die einberufenen Landwehrmänner zum Ungehorsam verleitet, zur Steuerverweigerung aufgefordert, und Aufregung aller Art zu verbreiten versucht hat. Zuletzt war er am 21. Abends in Ziegelrode gesehen worden, als er die Post bestieg, um nach Erfurt zu fahren. Schon sollten die Steckbriefe gegen ihn ausgefertigt werden, als heute die Nachricht einging, daß er in Weimar von einem Abgeordneten der Erfurter Polizeibehörde geftern verhaftet worden sei. Die gegen ihn eingeleitete Untersuchung wird hoffentlich über sein ganzes Treiben, so wie über seine vielfachen Verbindungen und auch darüber vollständiges Licht verbreiten, wie er in den Besitz der Geldmittel gekommen ist, die er zur Besoldung seiner Freischaa-ren und zu andern strafbaren Zwecken verwendet und zum Theil bei seiner Entfernung mit sich genommen hat.

(Magd. 3.)

**Münster, 28. Novbr.** [Krawall.] Am gestrigen Tage war unsere Stadt der Schauplatz beklagenswerther Auftritte. (S. gestr. Bresl. Btg.) Die höchst brutalen und strafbaren Gewaltthatigkeiten, welche sich circa 20 bis 30 Soldaten des hier seit einiger Zeit garnisonirenden Bataillons des 15. Infanterie-Regiments, in der am 26. Abends stattgefundenen Volks-Versammlung hatten zu Schulden kommen lassen, über deren äußere Veranlassung zur Zeit noch keine zuverlässigen Nachrichten vorhanden sind, hatten eine große und allgemeine Entrüstung hervorgerufen, die gestern Morgen, je mehr die einzelnen Mißhandlungen und Verwundungen bekannt wurden, den Charakter einer mit jeder Stunde steigenden, gefährlichen Erbitterung annahm. — Bereits gegen 9 Uhr sammelten sich auf dem Prinzipalmarkt größere Volksmassen, welche gegen die Soldaten des genannten Regiments Rache zu nehmen drohten. Wenngleich sehr zu wünschen gewesen, daß dieselben in der Kaserne consignirt geblieben wären, so zeigten sich doch mehrere zwischen 10 und 11 Uhr auf dem Prinzipalmarkt. Kaum wurden die Massen derselben ansichtig, als sie mit wildem Wuthgeschrei sich ihrer zu bemächtigen suchten. Nur die schleunigste Flucht in die Conditorei Steiners sicherte

sie vor gewissem Verderben. Ein gegen 11 Uhr herbeigeeiltes Piquet des 13. Infanterie-Regiments, welches die Verfolgten, in seine Mitte nahm und in Sicherheit zu bringen suchte, wurde gleichfalls von dem mit verschiedenen Werkzeugen bewaffneten Haufen verfolgt. Obgleich das Piquet durch eine möglichst rasche Bewegung jeden Konflikt zu vermeiden suchte, so gelang solches leider nicht völlig, denn der wüthende Haufen bemächtigte sich eines Soldaten, des Musketiers Brabänder vom 13. Regimente und verwundete ihn auf der Rothenburg vermittelst Schaufeln und Holzspeller dergestalt am Kopfe, daß wenig Hoffnung zur Wiederherstellung vorhanden ist. Außerdem sind, so viel bis jetzt bekannt, der Musketier Flaskamp von demselben Regimente und zwei Soldaten des 15. Regiments, der Unteroffizier Westhoff und die Ordonnanz des Generalleutenants v. Tiezen, erheblich verwundet. Bei solchen Vorgängen war das Aeußerste zu befürchten, wenn nicht die auf den ersten Trommelschlag rasch herbeigeeilte Bürgerwehr allen ferneren Excessen ein Ziel gesetzt hätte. Die Bürgerwehr erschien auf ihren Sammelplätzen in einer nie gesehenen Anzahl, und überwachte mit einer wahren Hingebung und der rühmlichstesten Bereitwilligkeit die gesetzliche Ordnung an allen Orten, wo sie irgend gefährdet schien. Ganze Kompagnien durchzogen als Patrouillen die Straßen und vereitelten jeden Versuch fernerer Ruhestörung. Wenn gleich über das brutale Verfahren der Soldaten des 15. Regiments entrüstet, so war sie doch von dem Bewußtsein durchdrungen, daß es jetzt vor Allem darauf ankomme, die rechtliche Ordnung zu erhalten, und wurde durch dasselbe zu einem entschiedenen, gemeinsamen Handeln vereinigt. Heute beim Schlusse dieses Berichtes erfreut sich unsere Stadt der Ruhe wieder. (Westf. M.)

**Aachen, 27. Nov.** [Aufregung.] Es scheint, daß die größeren Städte der Rheinprovinz nach der Reihe auch den Schatten der Freiheit, „die Herrschaft des Säbelregiments“ kennen lernen sollen. Trier und Köln wissen schon davon zu erzählen, Düsseldorf wird eben damit beglückt, und Koblenz hat dem Anscheine nach nahe Aussicht darauf: nur Aachen geht diesmal seinen eigenen Weg und kann den Geschmack seiner Schwesterstädte an der neumodischen Sache nicht theilen. Aber diese äußere Ruhe darf keineswegs als Theilnahmslosigkeit an der großen Frage der Zeit gedeutet werden; wir sind ferne von der Abspannung, die, wie es heißt, an einigen Orten der jäh aufwallenden ersten Fieberhitze gefolgt ist. Hr. Hansemann, welcher Anfangs voriger Woche hier durchreiste, hat zwar die anstößigen Maßregeln der Regierung als unumgängliche zu rechtfertigen versucht und „nirgends Reaction zu sehen“ verifiziert; allein seine Worte haben wenig Anklang gefunden, da seine Geltung überhaupt hier sehr gefallen ist. Darf man seinen Erklärungen Gewicht beilegen, so ist eine Lösung des Knotens durch verständliches Entgegenkommen von Seiten der Hofpartei nicht zu hoffen, es sei denn, daß der König seine Scheu vor Gewaltmitteln und sein Herz fürs Volk im letzten Augenblicke umstimmt. (Köln. Bl.)

**Trier, 26. Nov.** [Zustände.] Der Gemeinderath hat in seiner gestrigen außerordentlichen Sitzung einstimmig beschlossen, gegen die durch das Regierungs-Präsidium und das Divisions-Kommando gemeinschaftlich und mit militärischer Gewalt einseitig ausgeführte Wegnahme der Stadt Trier vor Publikation des Gesetzes vom 17. Oktober 1848 ausgegebenen Waffen als „eine gewaltsame Verletzung ihres Rechts und des angeführten Gesetzes“ zu protestiren, auch beschlossen, die Rückgabe der Waffen sofort zu verlangen, und im Weigerungsfalle den Weg Rechtens zu betreten. — Gestern Morgen wurde der Drucker des hiesigen demokratischen Flugblattes verhaftet und bei dem Redacteur dieser Blätter, J. Imandt, eine Hausdurchsuchung gehalten, die jedoch nichts ergab. So leben wir hier mitten im Belagerungs-Zustande, ohne daß er ausgesprochen ist. Ein Fackelzug, den man unserem Abgeordneten Ludwig Simon gestern Abend bringen wollte und dessen Erlaubniß schon früher von dem kommiss. Oberbürgermeister Wulfschein erteilt war, wurde verboten. — Gestern sind Truppen, die aus der oberen Saargegend hierher gezogen waren, plötzlich wieder nach ihren früheren Stanquartieren zurückbeordert worden. Man bringt diese Bewegung mit der Steuer-Verweigerung in Verbindung. (Trier. 3.)

**Koblenz, 27. Nov.** [Bedenkliche Zustände der Rheinprovinz.] Hier sieht es es jetzt sehr militärisch aus und im General-Kommando herrscht eine ungemaine Thätigkeit. Staffetten kommen und gehen ab. In einer der letzten Nächte sollen nicht weniger als 10 außerordentliche Depeschen nach und nach bei demselben eingegangen sein. Truppen kommen und gehen, die hierhin bestimmten müssen alsbald weiter, weil sie anderswo nöthiger sind. Heute morgen rückten eiligst der hier noch seither zurückgebliebene Theil des Füsilier-Bataillons des 28. Regiments (zwei oder drei Kompagnien) nach Cochem an der Mosel ab, wo-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.



(Fortsetzung.)

selbst, wie ich Ihnen schrieb, in der ganzen Gegend die Aufregung einen sehr hohen Grad erreicht hat. Volksversammlungen von tausenden Landbewohnern der Umgegend finden daselbst regelmäßig statt, man reißt die Adler ab und auf Steuerzahlung denkt man schon längere Zeit nicht mehr. Die Noth unter den Winzern ist aber auch groß. Wie mir bestimmt versichert worden, soll nun auch ein Theil der Landwehr 1sten Aufgebots von hier und der Umgegend einberufen werden und gestern an mehr als 50 hier wohnender Wehrmänner die Einberufungsschreiben bereits ergangen sein. Es wurde deshalb am Nachmittage eine Versammlung der Landwehrmänner veranstaltet und von da eine mit gegen 800 Unterschriften versehene Erklärung an das Bataillonskommando zu Neuwied abgeschickt, daß die hiesigen Landwehrmänner sich nicht stellen würden. In Neuwied ist bereits eine Compagnie Landwehr aus dortigen Einwohnern eingekleidet, angeblich zum Schutze des dortigen Zeughauses.

(Köln. Bl.)

Die hier erscheinende Rhein- und Mosel-Zeitung meldet: „Soeben marschiren schleunigst 2 Compagnien Infanterie nach der Mosel ab. Es sollen in einem Städtchen daselbst, man nennt Berncastel, ernstliche Unruhen ausgebrochen sein. — Aus Andernach erfahren wir, daß der dortige Krawall durch die daselbst stehende Compagnie der reitenden Artillerie entstanden sei. Dieselbe habe eine Kasse erschossen und deren Leichenbegängniß den Bürgern von Andernach angezeigt, und zwar durch gedruckte Zettel. Hierin habe die Bürgerchaft das, was es auch gewesen sein mag, nämlich eine Parodie auf die an einigen Orten Deutschlands vorgegangene Leichenfeier zu Ehren Blum's, erblickt, worauf eine große Masse Menschen unter Toben und Schreien und dem Rufe nach Waffen vor der Kaserne sich eingefunden hatte. Eiligst wurde Infanterie von Koblenz dahin beordert, bei deren Eintreffen die Ruhe hergestellt wurde. — Soeben trifft die Compagnie der reitenden Artillerie, welche bisher in Andernach gestanden, hier ein, um hier in Garnison zu bleiben.“

Die Düsseldorf. Btg. meldet: „In der Moselgegend wächst die Aufregung von Tag zu Tage und heute Morgen mußten deshalb in aller Eile die noch hier zurückgebliebenen 2 Compagnien Füsiliers des 28. Regiments nach Cochem an der Mosel aufbrechen. Heute Morgen wurde eine abermalige Aufforderung an unsere Bürgerwehr zum Abliefern der Gewehre bekannt und der Termin bis zu morgen Abend verlängert; allein die Leute beharren dabei, daß man ja die Gewehre bei ihnen abholen könne. — Beim Militär deutet Alles darauf hin, daß sich dasselbe auf außerordentliche Ereignisse vorbereitet. So haben die hiesigen Pioniere, welche seither die ihrem Dienste entsprechenden kleinen Karabiner trugen, jetzt schwere Infanteriegewehre erhalten und werden im Feuer damit ererzt, um diese Truppen nöthigenfalls beim gewöhnlichen Kampfe wie Infanterie verwenden zu können. Die Musketiere werden in der Bedienung der Geschütze geübt und um sich auch des Geistes der Truppen zu versichern, ist denselben nicht nur vom 1. Dezember eine Zulage von 6 Sgr. und vom 1. Januar von 12 Sgr. monatlich pro Mann versprochen worden, sondern in den Kasernen sind überall Proklamationen im Interesse der Krone, die neue preuß. Zeitung, die Proklamation Radeky's ic. verbreitet.“

Berncastel, 26. Nov., Morgens. [Unruhen.] Eben sollten einige Verhaftungen vorgenommen werden; dies bringt unsere Bevölkerung in Aufregung. Militär und Langenmänner durchstreifen die Straßen; die Sturmglöden tönen, — mehr Ihnen mitzutheilen, habe ich jetzt nicht Zeit.

Die Vorfälle in Berncastel, sagt die „Trier. Btg.“ hinzu, müssen ernstlicher Natur geworden sein, indem heute Morgen (27.) zwei Compagnien vom 26. Regiment per Dampfboot, so wie 2 Geschütze in Eile von Trier dahin aufgebracht sind.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 28. Nov. [124te Sitzung der deutschen verfassunggebenden Nationalversammlung.] Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über den Entwurf über das Reichsgericht. — Berathung über den von dem Ausschusse für die österreichischen Angelegenheiten erstatteten Bericht des Abgeordneten Loew aus Posen. — Berathung über den von dem volkswirtschaftlichen Ausschusse erstatteten Bericht, die Abschaffung der Flußzölle betreffend. — Eröffnung der Sitzung um 9 1/2 Uhr durch den Vicepräsidenten Rießer. — Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird verlesen und ohne Reklamation genehmigt.

Der Vorsitzende fordert den früheren Vicepräsidenten

\*) Der Rhein- u. Mosel-B. zufolge nach Berncastel.

ten Soiron auf, das Präsidium zu übernehmen, um einige Mittheilungen über die Art der zu veranstaltenden Todtenfeier für den abgeschiedenen Abgeordneten Robert Blum zu machen. Es habe sich nämlich eine Meinungsverschiedenheit darüber in der Kommission gebildet, ob dieselbe die Anordnung dieser Feier selbstständig anzuordnen, oder nur die von der Majorität des Hauses zu machenden Vorschläge zur Ausführung zu bringen habe, — da einstimmig die Ansicht Geltung erhalten, daß im Hinblick auf das beklagenswerthe Ereigniß des frühen Hinscheidens eines so talentvollen und einflußreichen Mitgliedes der Versammlung eine Todtenfeier anzuordnen sei.

Levercus aus Oldenburg fragt die Kommission, ob sie dem Abgeordneten Fuchs den Auftrag erteilt habe, eine Vermittelung zu übernehmen, damit die constituirende Versammlung der Stadt Frankfurt an der abzuhaltenden Todtenfeier sich betheiligen möge, wie es in den öffentlichen Blättern angegeben. — Fuchs aus Frankfurt giebt die ihn persönlich betreffenden Aufklärungen dahin ab, daß nur eine einfache Auslegung stattgefunden.

Nachdem noch Wigard aus Dresden im Sinne des Vicepräsidenten gesprochen und erklärt hat, daß die linke Seite des Hauses sich bei der Debatte nicht betheiligen werde, verlangt Müller aus Würzburg als Mitglied der Kommission das Wort, um in einer persönlichen Angelegenheit Einsprache zu erheben. Derselbe kann jedoch nicht dazu gelangen, da er keine auf den Gegenstand bezügliche Mittheilungen zu machen hat. — Die Frage, wer die Anordnung zur Feier zu treffen habe, wird mit 241 gegen 156 Stimmen zu Gunsten der Majorität des Ausschusses entschieden, weshalb Vicepräsident Rießer ein Programm der Kommission mittheilt, wonach eine kirchliche Feier stattfinden habe, die Nationalversammlung in Gemeinschaft nach dem Orte der Feier, der Katharinenkirche, sich begeben werde, und daß die städtischen Behörden und Corporationen sich dabei betheiligen könnten.

Dagegen geben die H. H. Stütz, Haide, Cassault, B. Weber, Linde und Andere einen Antrag ein, wonach der Gegenstand durch — Tagesordnung zu beseitigen sei, weil es eine Demonstration gegen die österreichische Regierung wäre, die standrechtliche Erschießung eines Abgeordneten auch nicht Gegenstand einer Todtenfeier werden könne.

Hayden aus Dorf in Oesterreich verlangt Aufschub der Todtenfeier bis von den Reichskommissaren die Thatsachen über die Verhaftung, Untersuchung und Verurtheilung über den Abgeordneten Rob. Blum hinreichend klar vorgelegt sein würden.

Beiden Anträgen wird die Zustimmung verweigert; dem Kommissionsantrage aber nur zur Begehung einer kirchlichen Feier die Genehmigung erteilt, dagegen der zweite Theil abgelehnt.

Raveaux aus Köln und Wigard aus Dresden, als Mitglieder der Kommission, zeigen ihren Austritt aus derselben an, da sie mit dem gefaßten Beschlusse nicht einverstanden, denn zu einer bloßen Kirchenfeier wäre die Aufforderung nicht nöthig gewesen; die ausgesprochenen Befürchtungen einer zu großen Aufregung bei dem Trauerruge können für nicht begründet erachtet werden, da die Theilnehmer in dem Augenblicke der Feier eine Infamie zu begehen nicht im Stande wären. Der getroffene Beschluß überrasche auch nicht, da er vorhergesehen gewesen.

Blumröder aus Kirchenlamitz interpellirt den Reichsjustizminister wegen einer Verfügung, die das Vereinsrecht betrifft, jedoch ist der Inhalt nicht zu verstehen, da zu viel Unruhe herrscht.

Gravenhorst fragt den Reichs-Handelsminister, welche Schritte geschehen seien, um eine Beschwerde der Stadt Harburg wegen Beeinträchtigung der freien Schifffahrt auf der Elbe Seitens der Stadt Hamburg Abhilfe zu leisten.

Esterle aus Cavalese stellt folgenden dringenden Antrag: „Das Ministerium werde aufgefordert, aus Gründen der Gerechtigkeit und Humanität, im Interesse der Ehre Deutschlands und im Interesse einer unglücklichen Nation, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln sich zu verwenden, damit in den lombardisch-venetianischen Provinzen: 1) die Militärherrschaft durch eine Civilregierung ersetzt werde, 2) daß die Zuficherung Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich, sowie die übrigen Verträge geachtet und vollzogen werden, und daher die nach denselben unzulässige, auf Privatpersonen verhängte Strafe der gezwungenen Contribution oder der Güterconfiskation sofort zurückgenommen werde 3) daß sobald als möglich ein billiger und ehrenvoller Friede geschlossen werde.“ — Die Dringlichkeit dieses Antrages wird jedoch nicht zugestanden, sondern derselbe an den internationalen Ausschuss zur Berichterstattung gewiesen.

Vor Uebergang zur Tagesordnung zeigt der Vorsitzende den Austritt der Abgeordneten Kreydig aus Göding, Bruck aus Triest und Gründlinger aus Wolfpasing aus der Nationalversammlung an.

In der Tagesfrage, die Berathung des Entwurfs, das Reichsgericht betreffend, sprechen noch die Abgeordneten Siemens aus Hannover zu Gunsten seines in 8 Artikeln und 17 Paragraphen eingebrachten Verbesserungsantrages, um den Entwurf des Verfassungs-Ausschusses zu beseitigen, und Enprim aus Frankfurt für Aenderung einiger Stellen im § 2 des Entwurfs.

Der hierauf geforderte Schluß der Debatte wird genehmigt und § 3 des Entwurfs ohne Diskussion zur Abstimmung gestellt.

§ 1 des Ausschusses wird angenommen, derselbe lautet: „die dem Reiche zustehende Gerichtsbarkeit wird durch ein Reichsgericht ausgeübt.“ — Die von dem Abgeordneten Arndts vorgeschlagene Fassung wird verworfen. Dieselbe lautet: „Es soll ein Reichsgericht als unabhängiger höchster Gerichtshof des deutschen Bundesstaates bestehen.“ — Der Eingang zu § 2 des Verfassungsentwurfs wird angenommen und lautet: „Zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören.“ — Dagegen die von Rheinling und Genossen vorgeschlagene Fassung verworfen. — Die einzelnen Sätze des § 2 werden in folgender Fassung angenommen:

a) Streitigkeiten zwischen der Reichsgewalt und Einzelstaaten über den Umfang ihrer Befugnisse, — die Zusätze Fallacis und Enprim's verworfen.

b) Streitigkeiten aller Art, politische und rechtliche zwischen den einzelnen deutschen Staaten. — Gewillkürts-Anträge sind nur zulässig, insoweit durch die Entscheidung der Streitfrage ein Reichsinteresse nicht berührt wird. — Die von Arndts beantragte Streichung des letzten Satzes, so wie die von Kösteritz angegebene Fassung verworfen.

c) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeiten und Regentenschaft in den einzelnen Staaten. — Die Fassung Siemens verworfen.

d) Streitigkeiten zwischen der Regierung des Einzelstaates und dessen Volksvertretung über die Gültigkeit oder Auslegung der Landesverfassung, oder wegen Nichtvollziehung ihrer Bestimmungen, nach dem Zusätze Werthmüller aus Fulda, der mit 231 gegen 197 Stimmen angenommen ist.

e) Klagen der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung desselben, wegen Aufhebung, Verletzung oder verfassungswidrigen Veränderung der Landesverfassung nach dem Antrage Biedermanns aus Leipzig, das Anfangswort „Beschwerden“ und „Klagen“ und Einschaltung des Wortes „Verletzung“ nach Angabe Schreiners aus Grätz, welche mit 224 gegen 186 Stimmen angenommen sind.

f) Klagen der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung desselben, so wie gegen die Reichsregierung wegen erlittener Verletzung der dem deutschen Volke gewährleisteten Grundrechte, nach Angabe der Herren Linde, Schüler und Siemens.

g) Klagen gegen den Reichsfiskus. — Die Angabe Enprim's verworfen.

h) Klagen gegen deutsche Staaten, wenn die Verpflichtung, der Förderung Genüge zu leisten, zwischen mehreren Staaten zweifelhaft oder bestritten ist, desgleichen, wenn die Verpflichtung mehrere Staaten zugleich trifft. — Der Antrag Arndts wird verworfen.

i) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Reichsminister wegen Verletzung der Reichsverfassung, so wie wegen aller im Gesetze über die Verantwortlichkeit der Reichsminister genannten Verbrechen.

k) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Minister der Einzelstaaten wegen Verletzung der Reichs- oder Landesverfassung. Nach Angabe des Minoritätsrathens der Herren Mittermaier, Schreiner, Wigard, Wippermann, H. Simon und Schüler, so wie der Forderung der Herren Zacharia und Werthmüller, welche die Streichung der Worte: „insofern nicht ein Gerichtshof des Landes angegangen werden kann“ forderten.

l) Strafgerichtsbarkeit in den Fällen des Landes und Hochveraths gegen das Reich.

m) Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege, wenn die landesgesetzlichen Mittel der Abhilfe erschöpft sind.



n) Streitigkeiten zwischen der Reichs-Versammlung oder den gesetzgebenden Körpern des Reiches unter sich und der Reichsregierung, welche die Auslegung der Reichsverfassung betreffen, wenn die streitenden Theile sich einigen, die Entscheidung des Reichsgerichtes einzuholen, nach der von Gulden aus Zweibrücken angegebenen Anordnung.

o) Zusatzantrag von Enyrin: Ueber die Frage, ob ein Fall zur Entscheidung des Reichsgerichtes geeignet sei, erkennt einzig und allein des Reichsgericht selbst.

Der sub k) des Verfassungsausschusses angeführte Satz: „Strafgerichtsbarkeit über die Dienstverbrechen und Vergehen sämtlicher Reichsbeamten, mit einem Zusatz Emmerlings aus Darmstadt, wird mit 255 gegen 163 Stimmen verworfen.

Plathner's aus Halberstadt präjudizieller Antrag, die Bestimmungen der Aburtheilung über Vergehen und Verbrechen der Reichsbeamten ic. durch Geschworenengerichte in dem Punkte 1) wegzulassen, und die Art des Gerichtsverfahrens einer später zu ertheilenden Reichsgerichtsordnung vorzubehalten, wird angenommen; dagegen einige Zusatzanträge der Minorität des Ausschusses, so wie die der Abgeordneten Siemens, Schüler und Breuning verworfen.

§ 3 wird in der von dem Verfassungsausschuss angegebenen Fassung angenommen und lautet: „Ueber die Einsetzung und Organisation des Reichsgerichtes, über das Verfahren und die Vollziehung der reichsgerichtlichen Entscheidungen und Verfügungen wird ein besonderes Gesetz ergehen. — Die von Werthmüller beantragte Fassung aber verworfen. — Der von Plathner gestellte präjudiziell genommene Antrag, bezüglich der Geschworenengerichte, giebt zu einer längeren Debatte Veranlassung, in welcher die Entscheidung dahin geht, daß der gefaßte Beschluß als zur Verfassung gehörig zu betrachten sei.

Giskra's Antrag, morgen Sitzung zu halten, da Donnerstag die Todtenfeier für Blum stattfinden solle, und Freitag ein hoher protestantischer Feiertag sei, wodurch ohnedies eine Störung eintreten dürfte, wird zum Beschluß erhoben. Die Sitzung um 3 Uhr geschlossen.

□ Frankfurt a. M., 28. Nov. [Tagesber.] Ueber die Konferenz, welche die Abgesandten der preussischen Nationalversammlung, Robertus, Schütze von Delisch, Gierke und Bredt im Weidenbusch mit Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung gehabt haben, erfahren wir nachträglich, daß letztere sämtlich der gewöhnlichen Majorität angehört, offenbar auf eigene Veranlassung der Berliner, die ja eben nur an die Majorität Wünsche zu richten hatten. — Eine Aeußerung Basserhann's bei dieser Konferenz, der darauf hindeutete, daß die Stimmung in Preußen sich doch sehr geändert haben müßte, da man jetzt den Weg zur deutschen Nationalversammlung, von dem man früher nichts hören wollte, zu finden wüßte, und deren höhnischer Ton unverkennbar gewesen sein soll, trägt am hiesigen Orte nicht eben sehr dazu bei, der Ungunst, in welche er allgemein gefallen, ein Ziel zu setzen. — Heut soll vom hiesigen Ministerium aus die Anforderung an die österreichische Regierung ergangen sein, der friedlichen Entwicklung der Verhältnisse in Oesterreich durch Beilegung des militärischen Druckes wieder Raum zu geben.

Mainz, 26. Nov. [Die Demokratie unter der Linie.] In der heutigen Sitzung des hiesigen demokratischen Vereins war Julius Fröbel anwesend und erstattete Bericht über die Ereignisse in Wien. Den Soldaten der preussischen Garnison ist der Versuch des demokratischen Vereins streng verboten worden, und waren zu diesem Behufe drei Unteroffiziere im Vorhofs des Lokals aufgestellt. — Das 40. preuss. Regiment neigt sehr zum Demokratenwesen, und findet darin hier natürlich starke Unterstützung. Es besucht demokratische Versammlungen, worin das Verhalten des Militärs dem Gouvernement gegenüber diskutiert wird, und Insubordinationsfälle sind die nächste Folge. Vor mehreren Tagen wurden aus einer solchen Versammlung im „Silberberg“ acht Soldaten durch Patrouille abgeführt und auf die Citadelle gebracht. Am 24ten November fand sich ein geschriebener Maueranschlag: die Mainzer sollen los schlagen, die Bierziger würden ihnen beistehen, auch verbreitete sich das Gerücht, die Gefangenen sollten aus der Citadelle befreit werden, was Vorsichtsmaßregeln veranlaßte. Freitag Abends durchzogen große Haufen der Bierziger mit Pöbel untermischt die Straßen, trieben republikanischen Spektakel und sollen sogar Offiziere mißhandelt haben, worauf das Festungsgouvernement ernstlich einschritt. Nichtsdestoweniger wiederholten sich Samstag ähnliche Scenen und zwar im „Silberberg“, welcher von Truppen umstellt wurde; neue Verhaftungen wurden vorgenommen, worunter auch ein Bürger, der die Meuterer zum gewaltamen Widerstand aufgefordert. Um seinetwillen bildeten sich nun Zusammenrottungen des Civils, welche sich indessen bei Ausrücken der Gensdarmen zerstreuten. Die Bataillone des 29. und 38. preussischen Regiments, so wie

die Oesterreicher nahmen gar keinen Antheil an diesem Tumult.

Karlsruhe, 27. Nov. [Ein neuer Einfall.] Gestern Abend — so geht das Gerücht, traf aus dem Oberlande die Nachricht ein, daß die Freischärler bei Lörach einen Einfall ins Badische gemacht, wobei vier Dragoner geblieben seien. Das Leibinfanterieregiment soll Befehl erhalten haben, sich marschfertig zu halten. Ich theile Ihnen diese Nachricht mit, ohne die Einzelheiten für den Augenblick zu verbürgen. Indes ist es Thatsache, daß seit einigen Tagen unter den Flüchtlingen jenseits des Rheins viel Bewegung herrschte, und wenn dieselben auch nicht gerade eine republikanische Schilderhebung beabsichtigen mochten, so kann man doch eine Razzia unternehmen, die die seitigen Bewohner ein Bischen brandschätzen nebenbei in Schrecken und Angst zu erhalten. Solche Razzia's können wir übrigens noch manche erleben, wenn es nicht gelingt, die Flüchtlinge von der Grenze zu entfernen, denn Noth und Verzweiflung treibt sie zum Aeußersten, und wir werden es wohl noch erleben, daß der ordnungsliebende Bürger diese Freischärler, von denen nur noch der Auswurf zurückbleibt, aufs Aergste fürchtet. So muß es aber auch kommen, dann werden sich die Bauern selbst bewaffnen und sich ihres Eigenthums wehren. [F. J.]

München, 26. Nov. [Der König von Baiern will deutscher Kaiser werden.] Nicht ohne ein theilweises Aufsehen zu machen, wird seit einigen Tagen von unsern fliegenden Buchhändlern ein sogenannter offener Brief eines Republikaners an unsern König colportirt und verkauft. Da die große Mehrheit des souverainen deutschen Volks kraft seiner Lieblingserinnerungen aus alter Zeit nun einmal nicht die Republik, sondern das Kaiserthum begehrt, so soll König Maximilian sich dieser Zeitidee bemächtigen und gerade jetzt rasch an die Spitze der deutschen Bewegung stellen, um den Kaiserthron zu besteigen, und die Revolution unmöglich zu machen. [D. A. Z.]

Schleswig, 23. November. [Die Dänen drohen mit einem Einfall.] In letzter Zeit ist von den Dänen wiederholt mit einem Einfall in Schleswig-Holstein gedroht worden, womit sie ihre fortgesetzten ungerechten Forderungen unterstützen wollen. Es ist klar, daß diejenigen Mächte, welche nichts mehr, als Erneuerung des Krieges fürchten, namentlich England und Rußland, geneigt sind, demjenigen, der die meiste Kriegslust zeigt, Recht zu geben, durch das kriegerische Auftreten der Dänen also immerhin in einiger Weise gewonnen werden. Wie wir aus sicherer Quelle vernahmen, hat indessen jetzt der General Bonin die offizielle Erklärung abgegeben, daß er sich vollkommen im Stande sehe, mit den ihm zu Gebote stehenden Truppen jeden dänischen Einfall abzuschlagen. Wir glauben auf diese Erklärung um so viel mehr Gewicht legen zu dürfen, als der General Bonin ein Mann ist, der mit gründlichster wissenschaftlicher Bildung (er ist sehr geachteter Militärschriftsteller) einen in dem letzten Kriege vielfach bewährten praktischen Blick verbindet, ein General, dessen Fähigkeiten von allen kompetenten Beurtheilern weit über die Wangen gestellt wurden. Es versteht sich von selbst, daß bei jener Erklärung zugleich eben so sehr auf den schlechten Zustand der freiwillig vielleicht um 8000 Mann stärkeren dänischen Armee Rücksicht genommen ist, als auf unsere in kräftiger Umbildung begriffene Armee, deren Stärke sich auf 28,000 Mann beläuft, wobei natürlich die in diesem Kriege nicht einberufenen älteren Kriegesreserven nicht eingerechnet sind. — Auch an der Vergrößerung der Truppentheile wird gearbeitet und wie wir hören, bald ein drittes Dragonerregiment und eine reitende Batterie, natürlich ohne Vermehrung des Präsentbestandes, errichtet werden.

#### Oesterreich.

□ Wien, 30. Nov. [Tagesbericht.] Es wird versichert, Se. Majestät werde eine vollständige Amnestie für alle am Oktoberaufstand Theilhabenden verkünden, von welcher nur einige Hauptführer ausgeschlossen sein sollen. Wir können dies aber nicht glauben, weil die bedenklichen Zustände Ungarns dagegen sprechen; hoffen aber doch auf Aufhebung der kriegsgerichtlichen Behandlung und Einführung des ordentlichen Civilverfahrens. — Fürst Windischgrätz ließ ein namentliches Verzeichniß aller jener Offiziere anfertigen, welche ungeachtet der ergangenen Aufforderung von der ungarischen Insurrektion zur kaiserlichen Armee nicht zurückgekehrt sind. Dasselbe soll unter den Truppen entsprechend vertheilt werden und Jeder ermächtigt sein, einen derart bezeichneten Offizier überall, wo er angetroffen werden sollte, zu verhaften und vor das Kriegsgericht zu bringen. — Das neue Handelsministerium soll großartige Pläne zur Hebung des Handels und der Industrie entworfen haben, von deren Ausführung für Handel und Gewerbe die besten Folgen erwartet werden können. So sollen die schon im Jahre 1844 eingeleitet gewesen Verhandlungen wegen Errichtung ständiger Konsulate in chinesischen Häfen wieder aufgenommen werden. Dies wäre sehr zu wünschen; denn der in China offene Markt ist auch für Oesterreich von großer Wichtigkeit. Die weltberühmten

in Wien verfertigten Uhren würden dort gewiß starke Abnahme finden; es könnten recht gut Millionen Uhren nach China gesandt werden, weil alle brittischen Uhrmacher trotz aller Thätigkeit die Bestellungen von Uhren nach China nicht genügend effektuiren können. Auch wird von einem Handelsvertrage mit Frankreich und den Amerikanischen Staaten gesprochen, welcher Herabsetzung der beiderseitigen Zonnengelber und Erleichterung für die Einfuhr zum Zwecke haben soll, und gewiß zu den günstigsten Ergebnissen führen wird. — Ein gestern als Courier hier angekommener Offizier erzählte, daß die Ungarn mit den als furchtbar mörderisch bekannten sogenannten Kettenkugeln aus ihren Kanonen auf die k. k. Truppen feuern. Die Wirkung dieser Kugeln ist in offener Feldschlacht oder beim geschlossenen Angriff schauerhaft verwüsthend. Dieselben bestehen aus zwei durch eine lange Kette verbundenen, dem Kaliber entsprechende Kugeln, welche, wenn sie abgefeuert werden und sich in horizontaler Richtung gegen die Kolonnen erhalten, ganze Mannschafszüge niederreißen. In den Franzosen- und auch schon in den Türkenkriegen wurden diese unmenschlichen Waffen im gegenseitig abgeschlossenen Vertrage nie in Anwendung gebracht; und auch den Ungarn werden sie keinen Vortheil gewähren, weil unsere Truppen nicht säumen werden zu zeigen, daß es keine Kunst ist, Kettenkugeln in Anwendung zu nehmen und daß man sie nur aus Mangelgefühl in jedem Kriege, der bis jetzt geführt wurde, vermied. — Die Ausbesserung des Burghores, welches durch eine Menge Kanonenkugeln verwüsth wurde, dauern fort und die Arbeiten dürften wohl vor dem Frühjahr nicht leicht beendigt werden können. — Der serbische General Stratirovich ist gestern von hier nach Olmütz abgereist. — General Jellachich hat folgenden Tagesbefehl an seine Truppen erlassen: Soldaten! Euren ruhmgekrönten Anstrengungen verdankt man die Rettung der Stadt Wien vor drohender Anarchie und Untergang, so wie die Sicherung des konstitutionellen Thrones und der Institutionen, die ihn gewährleisten und vertheidigen; ihr habt beigetragen, die Monarchie vor dem Zerfalle zu schützen, den Undank und Untreue bereitet hatten. Die Epoche dieses Kampfes, die Ehre jedes Oesterreichers fordert es, muß aus unserem Gedächtniß ausgelöscht werden. Euer Lohn ist, beigetragen zu haben zu dem großen Ereigniß, das der Nation Frieden und Glück in der Zukunft sichern wird. Soldaten! ich bin stolz darauf, während dieser Periode an Eurer Spitze gestanden zu haben, um anzuerkennen, daß man den Sieg der Ordnung und Gerechtigkeit Euch und Euren tapferen Waffengefährten schuldig ist, darum empfanget meinen lebhaften Dank. — Mehrere eifrige Theilnehmer an der Oktoberverschwörung haben, wie aus den Verhören derselben hervorgeht, den abenteuerlichen Plan gefaßt, gewisse aus Pulver bereitete Kompositionen auf verschiedenen Punkten anzubringen, bei welchen die k. k. Truppen vorüber mußten, um in dem Augenblick, als die Explosion erfolgt und unter dem Schutze der daraus entstandenen Verwirrung einen ersten Angriff machen zu können, von dem man sich die glänzendsten Resultate versprechen zu können glaubte. Wahrlich als ob kriegsgeübte Soldaten kleine Kinder wären, die sich vor einem „Spitzeufel“ zu fürchten pflegen! — Bei der durch den Belagerungszustand möglichen näheren Bekanntschaft mit den Verhältnissen unserer Truppen bemerken wir, daß trotz der großen Militärkosten Oesterreich die Verpflegung der Armee eben nicht im besten Zustande zu sein scheint. Es kommen häufige Klagen über schlechtes, oft verschimmeltes Brod, schlechte Beschaffenheit der Militärbetten, die nur aus einem Strohsack, mit alle drei Monate gewechseltem Stroh und einer Decke mit alle Monat gereinigten Bettlächern bestehen, verdoresenes Pferdefutter und dergl. m. Die Truppen-Kommandanten suchen solchen Uebelständen stets mit Energie zu begegnen; allein nicht immer kann es ihnen gelingen, die Lieferanten, welche die einzige Ursache solcher mangelhaften Administrationen bilden, zur pfllichtgemäßen Ordnung zu bringen. — Die Gewerbe nehmen wieder ein regeres Leben an, die Zahl der arbeitslosen Arbeiter wächst aber dessenungeachtet von Tag zu Tag. Der Gemeinderath hat beschlossen, um die von Simmering zurückkehrenden und hierher zuständigen Arbeiter beschäftigen zu können, neue Erdarbeiten in Angriff zu nehmen. Die Stockung der Gewerbe würde übrigens, wegen Anhäufung des Proletariats nicht so gefährlich erscheinen, als das tiefe Leben, welches der Betrieb der Fabriken jeder Art mit sich schleppet. Die meisten Fabrikherren haben ihre Arbeiter entlassen, welche jetzt brodlos sind. Auch die meisten Ziegeleien besitzen entlassene Leute. Gut wäre es, wenn Fabrikanten und sonstige Werksbesitzer vom Staate Unterstützung erhielten, um wenigstens einen Theil ihrer Leute behalten zu können, weil durch die Entlassungen solcher Arbeiter große Massen Proletariat gebildet werden, die am Ende doch wieder, um ihnen das Gefahrdrohende zu nehmen, vom Staate beschäftigt oder unterstützt werden müssen.

C. B. Wien, 30. Novemb. [Eröffnung des Feldzuges gegen Ungarn, Frankreich, Oester-



reich.] Mit Ende dieser Woche sollen die Operationen gegen Ungarn nun wirklich beginnen und Fürst Windischgrätz sowohl, als Ban Tschakich sich zu diesem Zwecke zur Armee begeben. Der Grund der eingetretenen Verzögerung liegt darin, daß man mit der nöthigen Approvisionnement der Armee noch nicht gänzlich zu Stande gekommen, und bei den Maßregeln, welche ungar. Seits getroffen wurden, um so vorsichtiger zu Werke gehen muß. Auch soll es Bedenken erregt haben, Preßburg, das stark befestigt erscheint, zum nächsten Angriffsziel auszuwählen. — Nächste Ungarn und Frankreich, das die Blicke auf sich zieht und man ist auf die bevorstehende Präsidentenwahl um so mehr gespannt, als sich durchaus noch keine Prognose stellen läßt; sehr glaubwürdig ist jedoch, daß eine Allianz zwischen Rußland, Preußen, Oesterreich und England, über welche bereits eine Interpellation in Frankfurt stattfand, für den eventuellen Fall geschlossen ist, als Louis Napoleon's Erwählung zum Präsidenten an die Eroberungsgelüste seines Oheims ernstlich mahnen sollte. Die hiesigen Frankfurter Wähler haben zwei Adressen, die eine an den Kaiser, die andere an die protestirenden Abgeordneten erlassen. In beiden spricht man sich mit Entschiedenheit für die unverletzte Integrität eines einigen und großen Oesterreichs, für einen Anschluß an Deutschland aber nur unter Bedingungen aus, die demselben nicht nahe treten. — Sowohl das Centrum, als die Linke haben Programme erlassen, die bereits veröffentlicht sind. — Einen auffallenden Contrast zur Frömmigkeit des minister. Programms bildet das Repertoire des Hofburgtheaters, von welchem nicht nur klassische Stücke, die bereits zur Ausführung bestimmt waren, plötzlich ausgeschrieben sind, sondern selbst Bauerfeld'sche und andere neuere, die selbst von Sedlmayr noch zugelassen wurden, entfernt worden sind. So bleibt dem Gebildeten, dem man nicht nur das Sprechen über Politik, sondern auch das Lesen der Zeitungen in dem unschuldigsten aller Vereine, dem sogenannten juristisch-politischen, unterlag hat, nicht einmal die Ressource eines guten Theaters.

Wien, 30. Nov. [Das ministerielle Programm.] Die Antrittsrede unseres Ministerpräsidenten Fürsten Felix Schwarzenberg an die Reichsversammlung in Kremsier macht hier einen sehr guten Eindruck. Das ist das erste Ministerium seit den März-Tagen, welches offen und gerade seine Politik eingesteht und besonders in unsere zweifelhaft erscheinenden Territorial-Verhältnisse zu Italien klar in die Zukunft sehen läßt. — Aber auch in Bezug auf die Frankfurter Beschlüsse des dortigen Reichstages hat dieses Programm eine große Wichtigkeit, und wurde freudig begrüßt. — Die letzten Beschlüsse desselben über Oesterreich hatten hier und in den Provinzen eine solche Ausregung hervorgebracht, daß die Hinrichtung Blum's ganz in den Hintergrund getreten war. Es werden jetzt in der Stadt und allen Vorstädten Adressen an das Ministerium gesammelt um dasselbe zu bitten, in seiner Politik zu verharren und Oesterreich als ganz unabhängige konstitutionelle Gesamtmonarchie zu erhalten.

Prag, 27. Novbr. Ungarische Husaren sollten es versucht haben, auf österreichischem Gebiete die Eisenbahnschienen auszuheben, es kam in Folge dessen zu einem kleinen Gefecht zwischen den ungarischen Husaren und unsern Kürassieren. — Heute ging abermals die Begleitung  $\frac{1}{2}$  Batterie mit der Bahn von hier ab. — Von zwei Soldaten des hier garnisonirenden Großfürst Michael-Inf.-Reg. wurde gestern ein Sattlergeselle in Folge eines Wortwechsels getödtet. Die Schuldigen befinden sich bereits in Haft.

#### Rußland.

[Die Russen sollen die preussische Verfassung begründen.] Der Leipziger Zeitung schreibt man aus Tilsit: „In der hiesigen Gegend sind seit einigen Tagen bedenkliche Gerüchte über eine Intervention Rußlands zu Gunsten der preussischen Regierung im Umlauf. Das hier erscheinende „Echo am Memel“ bringt von Personen an der russischen Grenze, die die Redaktion namhaft machen würde, wenn nicht große Gefahr für dieselben dadurch entstünde, verschiedene Mittheilungen, die in Folgendem sämmtlich übereinstimmen: In sämmtlichen russischen Zeitungen befindet sich eine Erklärung des Kaisers Nikolaus, zufolge der er nicht dulden werde, daß seinem geliebten Schwager von dem autständischen Volke irgend welche Rechte genommen und irgend wie seine Macht geraubt werde; um denselben zu schützen, werde er auf den ersten Wink mit seinen 500,000 Mann braven Truppen vorrücken, um in Preußen die Ordnung wieder herzustellen.“ Dieselben Gewährsmänner versichern auch, daß das Militär überall marschfertig und zum Einrücken bereit sei; ja es sollen Kosaken-Regimenter bestimmt sein, direkt auf Tilsit zu marschiren.“

Auch die Königsb. Ztg. enthält folgenden Artikel aus Tilsit: „Nach authentischen Nachrichten ist der königl. Regierung zu Gumbinnen die offizielle Mittheilung von verschiedenen Seiten zugegangen, daß bedeutende russische Truppenkorps sich der Grenze nähern und dort Position nehmen.“

#### Frankreich.

Paris, 27. Nov. [Berichtigung. Louis Napoleon.] Im heutigen Moniteur liest man: „Nach der Augsb. Allg. Ztg. wäre die päpstliche Regierung amtlich davon benachrichtigt worden, daß sich Frankreich aus der Vermittelung in Italien deshalb zurückziehe, weil diese Vermittelung unter dem gegenwärtigen Stand der Dinge zu nichts führen könne. Diese Nachricht ist durchaus falsch.“ — Das heutige Univers meldet: „In Paris ist gestern Abend ein außerordentlicher Courier eingetroffen, welcher Rom am 19. November verließ und dem französischen Kabinett die Nachricht brachte, daß der Papst aus Rom geflohen sei.“

In Paris ging gestern das Gerücht, man habe auf Louis Bonaparte am Vendomeplatz geschossen. Erkundigungen haben dieses Gerücht aber als eine Fabel herausgestellt. Seit einiger Zeit sammelt sich übrigens jeden Tag auf dem Vendomeplatz eine Volksmenge, um den „neuen Kaiser“ zu sehen. Ungeachtet Louis Bonaparte gestern anschlagen ließ, daß er aufs Land gezogen, stand doch auch heute Mittag der ganze Platz wieder voll Menschen. Indessen ist alles ruhig.

#### Italien.

Rom, 18. Novbr. [Der Papst.] Mit den Zugeständnissen des Papstes scheint es noch keineswegs so abgemacht zu sein, wie die liberale Partei ausgebreitet hatte. Es ist sogar von Protesten die Rede, und da die Repräsentanten der Großmächte der Katastrophe beigewohnt haben, während welcher ein Kugelregen in den Zimmern des Quirinal niederfiel, so wird es diesmal wohl nicht so leicht sein wie früher, die Welt über Pius IX. wahres Verhalten zu täuschen. Man versichert, er habe ruhig und ergeben dageessen und sich bereit erklärt, als zweites Opfer zu fallen, während der französische Botschafter seiner Entrüstung über die dem Oberhaupte der Kirche angethane Schmach in heftigen Ausdrücken Luft gemacht habe. Zur Nachgiebigkeit soll Martinez de la Rosa, der spanische Botschafter, gerathen haben, als es sich herausgestellt, daß man der materiellen Gewalt keinen Widerstand zu leisten im Stande sei. Eine Kugel war bis in das Wohnzimmer des Papstes gedrungen; einem Schweizer, der sich an dem Fenster geizigt, hatte eine Kugel den Kopf durchbohrt, Mons. Palma, der ebenfalls einem Tirailleur schußgerecht gekommen war, fiel durch eine Kugel, welche beide Arme und die Brust durchdrang. Was nun das Ministerium anlangt, so soll Sterbini ausdrücklich zurückgewiesen sein. Manniani liegt in Genua an einer Hirnentzündung schwer krank darnieder und Lunati hat vor der Hand noch nicht angenommen. Selbst Rosmini weigert sich, das Präsidium des Ministerraths und das ihm zugewiesene Portefeuille zu übernehmen. — (Nachschreibst.) Mons. Muzarelli ist an Rosmini's Stelle zum Ministerpräsidenten ernannt. Die Deputirten haben sich bis jetzt nicht vollständig vereinigen lassen. Der Präsident droht, die Namen Derjenigen, welche nicht erscheinen wollen, bekannt zu machen. Der Anblick der Stadt ist ruhig. Die Nacht hindurch wurde gejubelt und demonstriert. (A. Z.)

## Lokales und Provinzielles.

Breslau, 1. Dezbr. [Entwaffnung 14 Bürgerwehrmänner durch 2 Kompagnien Militair.] Die Musketier-Kompagnie des Freikorps hatte von dem Wehramte die Erlaubniß erhalten Felddienst zu üben. Da ein Theil der Kompagnie am Erscheinen gehindert war, so übten 16 Mann unter ihrem Hauptmann Stricki den Dienst bei Lilienthal und begaben sich dann, um sich zu restauriren ins Wirthshaus nach Prottsch. Dasselbst aßen und tranken sie mit mehreren in diesem Dorfe einquartirten Soldaten des 11. Landwehr-Regiments. Plötzlich wurde Generalmarsch geschlagen, zwei Kompagnien Soldaten rückten vor und nehmen den Wehrmännern Gewehre und Trommel. Auf den Protest des Bürgerwehrehauptmannes soll der Major v. Benningsen erwidert haben, das Wehramt ginge ihn nichts an und wenn sie noch lange Faren machten, so würde er schießen lassen. Auf dem Heimwege kommt noch eine Schwadron Husaren nachgesprengt, nimmt den Wehrmännern noch 4 Hirschfänger ab und dem Hauptmann Stricki Schärpe und Degen. Das Wehramt hat hierüber Protokoll aufgenommen und vom Gouvernement sofortige Zurückgabe der Waffen und strenge Untersuchung dieser Handlung gefordert.

Breslau, 1. Dezbr. [Mistravensvotum.] In dem Mathiasbezirk hatten sich gestern die Bür-

ger und Schutzverwandten des Bezirkes versammelt und folgende Adresse verfaßt.

#### Wohlthätige Stadtverordneten-Versammlung!

„Wir unterzeichnete Bürger und Schutzverwandte des Mathiasbezirkes sehen uns gedrungen es offen auszusprechen, daß Sie durch Ihre Beschlüsse bewiesen haben, wie Sie immer noch an einer Zeit, die hinter uns liegt, festhalten, wie Sie nicht der Jetztzeit gewachsen, wie Sie statt fördernd nur hemmend und darum auch nicht im Sinne der Einwohnerschaft wirken. Daß unter solchen Umständen das Vertrauen gewichen, dagegen das vollste Mistravon gegen Sie bei uns hervorgerufen ist, das auszusprechen, halten wir uns eben so berechtigt, als verpflichtet.“

Diese Erklärung haben (abgesehen von den Schutzverwandten)  $\frac{7}{8}$  aller Bürger des Bezirkes unterzeichnet.

Eine ähnliche Erklärung ist im Jesuitenbezirk erfolgt, und auch da haben mit Ausnahme von 10 Bürgern, sämmtliche Bürger unterzeichnet.

Breslau, 1. Dezbr. Gestern Abend gegen halb sechs Uhr brach (wie schon in unserm gestrigen Blatte kurz gemeldet) in dem sub Nr. 49 in der Nikolai-Straße belegenen, den Kammacher Jungfernschen Erben zugehörigen, Hause und zwar auf dem oberen Boden Feuer aus, welchem man aber binnen einer Stunde Meister wurde, und nur der Dachstuhl des Vorderhauses und ein altes Hintergebäude niederbrannten. — Alle Umstände sprechen dafür, daß das Feuer nicht angelegt, sondern aus Vernachlässigung entstanden ist. — Während dieses Brandes wollte ein Schornsteinfeger-Geselle mittelst einer Hakenleiter aus der zweiten in die erste Etage herabsteigen, glitt aber ab und stürzte auf das Straßenpflaster, wo er bewußtlos aufgehoben und nach seiner Wohnung gebracht wurde, woselbst er jedoch bald wieder zu sich kam; lebensgefährlich ist derselbe nicht verletzt. — Bei Gelegenheit dieses Feuers wurde einem müßigen Zuschauer, deren es leider stets immer viele giebt und die nur für die Netenden ein Hinderniß sind, einem reisenden Handlungs-Commis ein buntes Taschentuch aus der Tasche gestohlen.

Vom 27. v. M. bis incl. 2. d. M. wurden Seitens der hiesigen Stadtbaudeputation 75 Maurer-Gesellen, 17 Steinseher, 23 Zimmergesellen und 438 Tagelöhner bei öffentlichen Bauten beschäftigt.

Breslau, 1. Dezember. [Verein für gesetzliche Ordnung.] Nach Eröffnung der Sitzung machte Herr Ruthardt der Versammlung Mittheilung über den Angriff auf den Verein vom Justizkommissarius Fischer, und die Seitens des Komitees darauf erfolgte Erwiderung. (S. die gestr. und heut. Ztg.) Angriff und Erwiderung wurden verlesen und letztere mit Bravour aufgenommen. Hr. Kandidat Klopsch fühlte sich noch gedrungen, es dem Vereine auszusprechen, daß dieser bisher nichts Unkonstitutionelles gethan habe. — Es folgte hierauf die Diskussion über einen vom Hrn. von Rosenberg-Lipski gestellten Antrag, welcher wörtlich also lautet: 1) Schriftliche Angriffe gegen den Verein, wenn sie in das Gebiet bloßer Schmäheartikel gehören, ohne sich auf Thatfachen zu stützen, bleiben ohne jede Erwiderung; 2) Schriftliche Angriffe gegen den Verein, sobald sie auf einer Entstellung der Verathungen, oder der gefaßten Beschlüsse beruhen, sind von dem leitenden Komitee zu widerlegen. — Der Antrag wurde nach kurzer Debatte angenommen, eben so der Antrag der Herren Wilda und Ruthardt, daß bei der ersten Veranlassung eine besondere Bekanntmachung erlassen werde, daß der Verein auf Schmäheartikel nicht antworten werde. — In Betreff der in dem Bezirke kursirenden Listen wurde beantragt, die Listen noch bis zum Montag kursiren zu lassen, um den Sonntag benutzen zu können. Der Antrag wird angenommen. Herr Oberlehrer Müller erklärt sich bereit, in einem Bezirke Unterschriften zu sammeln, um dem Verein und den Behörden einen Gefallen zu thun. Er revoziert später diesen Ausdruck, und zwar dahin, „um die Behörden zu unterstützen.“

Es folgt ein Antrag des Grafen Zieten, eine Petition an das Ministerium zu richten, daß die Verathung der Verfassung beschleunigt werde. — Herr Hahn: Man könnte wohl gegen den Antrag einwenden, daß er als auf die Politik sich beziehend, nicht hierher gehöre. Da jedoch die Beschleunigung der Verfassung als Hauptmittel für gesetzliche Ordnung erachtet werden müsse, so nehme er keinen Anstand, den Antrag zu unterstützen. — Herr Graf Zieten fügte dem noch hinzu, daß, so lange keine Verfassung vorhanden ist, es auch keine gesetzliche Ordnung gebe. — Herr Sternau, zur faktischen Bemerkung, daß allerdings eine gesetzliche Ordnung vorhanden, nur werde sie zu oft übertreten. Herr Fürst sprach für den Antrag aus politischen Gründen, und zwar um dem Treiben der Linken ein Ende zu machen. Herr Graf Zieten bemerkt hingegen,

\*) Die Petersburger Zeitung hat eine solche Erklärung noch nicht erhalten. Freilich ist uns das genannte Blatt seit einer Woche noch nicht zugekommen. Red.



daß die politischen Motive nicht hieher gehören, dem auch der Vorsitzende, Herr Hahn, beistimmt. — Der Antrag wird einstimmig angenommen. —

Herr Ruchardt beantragt, daß der Veteranen- und Landwehrverein, die in den Verein für gesellschaftliche Ordnung aufgenommen wurden, bei Adressen sich durch besondere Unterschriften betheiligen. Der Antrag wird angenommen. — Die nächste Sitzung wird auf den Dienstag festgesetzt. —

... ss Breslau, 1. Dezember. [Die Leiche Robert Blum's soll requirirt werden.] Heute ist hier der Hausarzt der Blum'schen Familie durchgereist, welcher in Dmütz und Kremsier die Herausgabe der entseelten Hülle Robert Blums zu erreichen hofft. — Der Reisende ist mit Empfehlungen des sächsischen Ministeriums ausgerüstet und überbringt ein eigenhändiges Schreiben der Frau Eugenie Blum, worin die Effekten aufgezählt sind, welche ihr Mann mit sich führte; auch des Briefes wird gedacht, welcher noch nicht an seine Adresse gelangt ist. — Genannter Reisende theilte uns auch mit, daß Blum auf seiner Fahrt von Frankfurt nach Wien von seiner Familie in Leipzig einen so herzergründenden Abschied genommen habe, wie ihn die gewisse Aussicht auf den nahen Tod nur geben konnte. Am Tage der Uebergabe schrieb er aus Wien, daß er binnen Kurzem zu Hause eintreffen würde; ein Brief vom 6. November war aus dem Gefängnisse datirt, der letzte Brief, welchen Blum kurz vor seiner Hinrichtung geschrieben haben soll — ist wie bereits erwähnt, noch nicht in den Händen seiner Gattin.

### Inserate.

#### Bekanntmachung.

Wegen einer nothwendigen Reparatur von Wasserleitungsröhren wird der Theil der Dörferstraße von der Malergasse bis nach dem neuen Fischmarke hin von morgen ab auf einige Tage abgesperrt, was zur Nachachtung hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Breslau, den 1. Dezember 1848.

Königliches Polizei-Präsidium.

v. Kehler.

Seit gestern Mittag bis heute Mittag sind nach amtlicher Meldung an der Cholera hieselbst 3 Personen erkrankt und 3 gestorben.

Breslau, den 1. Dezember 1848.

Das königliche Polizei-Präsidium.

#### Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur Kenntniß der hiesigen Einwohnerschaft gebracht, daß die bis jetzt eingegangenen Stamm-Listen des Burgfeld-, Mühlen- und Bürgerwerder-, Franziskaner-, Neuwelt-, Schlachthof-, Dreilinden- (erste und zweite Abtheilung), Dom-, Ursuliner-, Theater-, Oder-, Dreiberge-, Vincenz-, Bier-Löwen-, Blaue-Hirsch-, Accise-, Barbara-, Hinterdom-, Neu-Scheitniger-, Christophori-, Antonien- und Grüne-Baum-Bezirks, der Bestimmung des § 14 des Wehrgesetzes vom 17. Oktober d. J. gemäß,

**vom 3. bis 17. d. M.,**

beide Tage mit eingeschlossen, von 9 Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags, auf dem rathshäuslichen Fürstensaale zur Einsicht ausliegen werden. Das Rathsecretariat ist angewiesen, etwaige Bemerkungen gegen die Stammlisten zu Protokoll zu nehmen. Die noch fehlenden Stammlisten werden sofort nach ihrem Eingange ebenfalls ausgelegt werden, und mit einem Anschlag an der Eingangstür des Fürstensaales zu versehen sein, für welche Bezirke die Listen ausliegen.

Breslau, den 1. Dezember 1848.

Der Magistrat

hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

#### Bekanntmachung.

Das gestern auf der Nikolaistraße Nr. 49 ausgebrochene Feuer ist das dritte in diesem Halbjahre und haben bei dem entstehenden nächsten Feuer diejenigen Bürger, deren Feuerzettel auf das 2te, 4te und 6te Feuer lautet, Löschhülfe zu leisten.

Breslau, den 1. Dezember 1848.

Die städtische Sicherungs-Deputation.

Die zweite Beilage zur Allgemeinen Oder-Zeitung Nr. 278 enthält einen Aufsatz aus hiesiger Stadt mit Klose unterzeichnet, welcher die Ueberschrift führt: Wer lügt?

Eine solche schamlose Erklärung näher zu würdigen, können wir uns enthalten, da bereits die Zeitungen, über das ungesegliche Treiben einer gewissen Partei und den von derselben in neuester Zeit hier herbeigeführten Terrorismus, zum Theil richtige Nachrichten gegeben haben; wir halten aber für unsere Pflicht, zu bemerken, daß in der bereits beantragten Kriminal-Untersuchung die Schuldigen ihren sichern Lohn finden werden.

Freiburg, den 27. November 1848.

Der Magistrat und die Stadtverordneten.

Dem Comité des Vereins für gesetzliche Ordnung diene Folgendes zur Antwort:

1) In der Versammlung des Vereins vom 29. November ist beschlossen worden, „daß die Referate der Schlesischen Zeitung, als auf den Protokollen beruhend, vom Vereine als die richtigsten angesehen werden.“ Nach der Schles. Ztg. hat Hr. Affessor Fürst in der Versammlung vom 28. November die Ungeseglichkeit der berufenen Urwähler-Versammlung hervorgehoben. Hr. Affessor Fürst hat die Nichtigkeit dieses Referats nicht bestritten und doch wagt das Comité zu erklären: „daß es Niemanden im Vereine eingefallen ist, den Urwählern das Recht, sich zu versammeln, bestritten zu wollen.“ So lange Hr. Fürst nicht widerruft, kann diese Erklärung nicht als wahr erachtet werden.

2) Die Herren des Comité's erklären ferner: „daß sie nie von ihrem Bewußtsein abgewichen sind.“ \*) Meine Herren! welches ist denn Ihr politisches Bewußtsein, welchem Sie immer treu geblieben sind? War Ihr Bewußtsein etwa vor den Märztagen konstitutionell? welche Opfer haben Sie denn für diese Ihre Gesinnung gebracht? Die Mehrzahl der Herren, welche dem Comité angehören, sind unserer Provinz bekannt; man weiß sehr wohl, wie sie damals über jede freie Regung spotteten, wie sie jedes freie Auftreten der Deputirten unserer Stadt tadelten und Sie meine Herren, wollen gegen einen Mann auftreten, der in den Zeiten der Unterdrückung seine Gesinnung bewährt hat? Oder ist etwa Ihr Bewußtsein ein royalistisches? nun, meine Herren, wo waren Sie denn am 20. März, als Hr. Konfistorialrath Falk und ich, die Einzigen waren, die für das Hohenzollernsche Haus und den König, offen vor dem aufgeregten Volke sprachen?

3) Sie sprechen, „von Herumirren in allen politischen Parteien.“ Wollen Sie gefälligst meine Erklärung vom 31. März und 1. April mit meiner Schrift über „Republik und Sozialismus“, so wie mit meinen späteren Erklärungen vergleichen: dann werden Sie finden, daß ich von Anfang an erklärt habe, daß ich mich jeder Staatsform unterwerfe, welche mit dem Bewußtsein der Mehrheit des Volkes übereinstimmt, daß mir die Frage, nach der Staatsform klein und ungewichtig gegen die übrigen Fragen, welche unser Vaterland aufregen, erscheint und daß mit diesen Erklärungen auch alle meine Handlungen im Einklange waren.

4) Freilich, meine Herren, kann man nach Ihrer Ansicht, höchstens heute Royalist, morgen Konstitutioneller sein und übermorgen wieder zur ständischen Verfassung zurückkehren. Inkonsequent erscheint es Ihnen dagegen, wenn man die deutsche Nationalität und die Freiheit so liebt, daß die Staatsform gleichgültig ist und man nur feste volksthümliche freie Zustände erstrebt. Nun meine Herren, nicht alle kluge und gesinnungsvolle Männer urtheilen so wie Sie. Die Hamburger kritischen Blätter sagen z. B., daß in dem Sinne wie ich, es allein erlaubt sei, über den Parteien zu stehen und daß es nur der staatsmännische Standpunkt ist, wenn ich immer bereit bin, meine politische Ansichten und meine Wünsche der Nothwendigkeit unterzuordnen. Doch meine Herren, Sie werden vielleicht diese Blätter für demokratisch erklären: darauf kann ich Ihnen nur antworten, daß unter den vielen Zustimmungen, die mir aus allen Theilen und von allen Parteien Deutschlands zugegangen sind, auch die Bestimmung der Redaktion der Wiener Zeitung war.

5) Und nun, meine Herren, noch ein ernstes Wort! Auch ich will, wie Sie, gesetzliche Zustände; aber auf die Weise wie Sie es anfangen, vermehren Sie, trotz des klühen Neumarktfeldzuges der goldenen Jugend, (de la jeunesse dorée) den Parteihass und regen das Volk auf. Mehr wie die demokratischen Vereine haben uns die konstitutionellen geschadet, sie haben in der Mehrzahl das Mißtrauen des Volkes erregt und sind später — ich habe hierbei keineswegs unsere Breslauer Vereine im Auge, vielmehr verkenne ich ihr gutes Streben wahrlich nicht, wenn ich auch in Hauptpunkten nicht mit ihnen übereinstimmen kann — zum

\*) In der Schles. Zeitung ist das Wort „ihre“ wohl nur in Folge eines Druckfehlers groß geschrieben. Ich protestire wenigstens dagegen, mit den Herren des Comité's gleiches politisches Bewußtsein zu haben.

Spotte des Volkes eingeschlagen. \*) Auch Ihr Verein wird dieses Schicksal theilen. Wollen Sie wirken, wollen Sie das konstitutionelle Königthum wahrhaft stützen, dann errichten Sie, vereint mit dem Volke soziale Vereine, alle andern Vereine sind nur Mittel zur rothen Republik. Auch von mir dieses Ein für Allemal.

Ferdinand Fischer.

\*) Aus diesen Gründen trat ich auch schon Anfang Mai aus dem vaterländischen Vereine, als er, der ursprünglichen Absicht entgegen, nur konstitutionelle Zwecke verfolgte.

Ein frohes Gefühl durchzuckte alle meine Adern, als ich, verspätet, den Aufruf meines Freundes, des Herrn Obersten a. D. v. Diercke auf Schwierse bei Dels, in der Bresl. Ztg. zweite Beilage zu Nr. 279, S. 2940, vorfand. Mit Güte und Liebe haben mich zwar die höchsten und hohen Behörden aufgenommen, als ich von Anfang der Zerstörung unseres Vaterlandes an bis jetzt unserm theuern lieben Könige mich zum Opfer in jeder Art anbot; allein noch sehe ich vergebens dem Zeitpunkt entgegen, wo ich nach meinen gesammten moralischen und physischen Kräften wirken kann zum Besten des Königs, meines Herrn, des gesammten königlichen Hauses und aller Guten im lieben Vaterlande. Mit Sehnsucht erwarte ich den Ruf zu Handlungen, durch welche ich darthun kann, wie mir die Erfüllung des heiligen Eides, den ich meinem König und Herrn am 15. Oktober 1840 schwor, in das Innerste meines treuen Herzens tief und unauslöschlich eingegraben ist.

H. Gr. v. Reichenbach-Brustare.

In Nr. 94 der schlesischen Chronik vom 28. Novbr. d. heißt es: wir hätten uns zu Gunsten der hohen National-Versammlung öffentlich ausgesprochen; dies ist jedoch, weder durch eine Deputation, noch durch eine Adresse oder öffentliche Erklärung von unserer Seite geschehen, sondern es haben sich nur 580, theils hiesige Bewohner, ohne unsere Zustimmung, bei einer Adresse der oben erwähnten Art an die hohe National-Versammlung am 14. Novbr. d. durch Unterschrift betheiligt.

Beweis: der Bericht der Petitions-Kommission (Referent Abgeordneter Elsner) in Nr. 274 der Breslauer Zeitung vom 22. Nov. 1848, Haynau, am 29. Novbr. 1848.

Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung.

Der konstitutionelle Verein zu Gorkau (bei Zobten am Berge) erklärt hiermit, daß das in Nr. 279 der Breslauer Zeitung erschienene Inserat „der Gorkauer Verein für konstitutionelles Königthum“ nicht von ihm ausgegangen ist, wie irrthümlich geglaubt wurde.

Das Direktorium.

#### Frage.

Unruh bringt keinen Frieden,

Sagen seufzend die Philister.

Doch, wird Unruh denn vermieden,

Wenn Manteuffel bleibt Minister??

In unserer Ansprache in den drei hiesigen Zeitungen vom heutigen Tage an den Hrn. Ferdinand Fischer finden sich einige innewohnende Fehler, die wir hiermit berichtigen. — 1) In dem Sage, wo es heißt: „wohl aber behaupten wir u. s. w.“, muß es heißen: „bestreiten wir.“ 2) In dem Sage: „wir bedauern, daß Ihre Bemühung“ lese man: „daß Sie Ihre Bemühung.“ — Ferner, in dem Schluß: „welche nie von dem Ihrigen abgewichen sind“ muß es heißen: „welche nie von dem Ihrigen“.

Breslau, den 1. Dezbr. 1848.

Das Comité des Vereins für Aufrechterhaltung gesetzlicher Ordnung.

Fernere Beiträge für die hilfsbedürftigen Familien ein berufener Wehrmänner 6. Armeekorps:

Von den Herren: Kammerger. Affessor Balan pro Dezember 1 Rtl. Justizrath Beyer 10 Rtl. Rechnungsrath Bormann 3 Rtl. Sekret. Luge 1 Rtl. Sekret. Grimberg 1 Rtl. Reg.-Rath Daniels 2 Rtl. Kanzleirath Riebel 1 Rtl. Reg.-Sekr. Hammer 2 Rtl. Sekr. Stier 1 Rtl. Sekret. v. Kalbacker 1 Rtl. Reg.-Rath Richter 2 Rtl. Reg.-Rath Reinhard 2 Rtl. Kanzleinsp. Schadenberg 1 Rtl. R. R. 3 Rtl. Prof. Köppl 1 Rtl.

In Summa 667 Rtl. 22 Sgr. 6 Pf. Hierzu gesammelt von d. wohlöbl. schlesischen Zeitungs-Expedition 166

Summa Summarum 833 Rtl. 22 Sgr. 6 Pf. Hr. v. Czetzki. Erich. Köpfe.

#### Bitte an gute Menschen!

Acht Kinder eines sehr armen Vaters, fünf Mädchen von 14, 12, 9, 7 u. 4 Jahren, 3 Knaben von 10, 6 u. 2 Jahren, befinden sich in größter Noth, können wegen fehlender Bekleidung die Schule nicht besuchen, und haben zum bevorstehenden Weihnachtse auf irgend eine Freude nicht die geringste Aussicht. Edle Menschen werden daher zur Abhilfe dieses Kammers um eine Unterstützung kindly gebeten.

Selbst die kleinste Liebesgabe nebst Anerbieten zur Verabreichung abgelegter Kleidungsstücke werden mit herzlichem Dank angenommen von der

Expedition der Breslauer Zeitung.



## Die politische Stellung der Juden.

Der F. Korrespondent in Nr. 281 der Allg. Zeitung gehört offenbar zu denjenigen Advokaten der Juden, die es mit ihren Klienten vielleicht wohl meinen mögen, aus Unkenntnis der Sache, denselben aber mehr schaden als nützen. Die Juden sind nach ihm noch immer ein abseits der übrigen Menschheit stehender fremder Bestandtheil, der bei der nunmehrigen Einverleibung spekulativ zu Werke geht, und in der Politik nur dem leidigen Egoismus folgt, ohne einer höheren Weltanschauung, eines warmen Gefühls für Volkswohl, das jeden bei der Parteinahme leiten sollte, fähig zu sein. Der Egoismus soll seit dem März den einen Juden der Reaktion, den andern der Demokratie zugeführt haben, bei seinem Egoismus wird er beschworen, sich immer mehr der Demokratie anzuschließen und ihr zu dienen. — Wenn aber der F. Korrespondent die Juden und ihre Geschichte der neuesten Zeit besser kennen gelernt hätte, so müßte er wissen, daß dieselben vor Allem mit den Christen, Gleich von einem Fleische, und Geist von dem einen großen Weltgeiste seien, und somit mit der Menschheit ein und dasselbe Ziel, als Bürger des Staats, auf der Scholle, die ihn geboren, vor Augen hat, ein eigenes judenthümliches nicht kennt. Nach der Humanitäts-Periode des vorigen Jahrhunderts, aus der Verdampfung des Mittelalters zum Bewußtsein

seiner Menschenwürde erwacht, da ging er in den Kampf um die Anerkennung seiner Menschenrechte, und mit dem heiligen Feuer, das ihn hierbei begeisterte, verschmähete er es, nur allein seine eigene Ketten zu brechen, sondern erfasste auch rüstig die der ganzen leidenden Menschheit, bis sie gebrochen darnieder lagen. Dieser Kampf hat die Juden zu Politikern von Fach herangebildet, und wenn wir sie jetzt in den vordersten Reihen der Parteien aller Farben und Nuancen finden, und nicht in geschlossener Phalanx einer Partei angehörig, nur einen Zweck verfolgend, so hat er aus individueller Anschauung und nicht aus Egoismus, sich das Geld gewählt, auf dem er stehen oder fallen will. Auf dem nun eröffneten Kampfplatze streiten jüdische Constitutionelle gegen jüdische Republikaner, jüdische Ruhemenschen gegen jüdische Wähler mit demselben Ernst und Eifer, und würden sich wahrlich, mit den Waffen in der Hand, auch eben so wenig schonen, als ihre christlichen Parteigenossen christlichen Gegnern gegenüber. Wäre Egoismus die politische Triebfeder der Juden, so hätte der 6. April d. ihn vollends in die Arme des Konstitutionalismus werfen müssen, aber ohne Rücksicht auf die ihm damals gewordene Verheißung war ihm dieselbe nur ein Sporn mehr, mit Leib und Seele für das Volk fort und fort zu arbeiten, und großartig und rührend zugleich ist das Beispiel der jüdischen Ungarn, welche in neuester Zeit dem Volke, das sie noch im April und Mai

d. J. mit mittelalterlicher Wuth von sich stieß und verfolgte, nun neuerdings ihr Gold und Silber und ihre Söhne zu Gebote stellte, in den Kampf für die Freiheit der Nation. — Sonderbar ist es, wenn der F. Korrespondent die Gesellschaft Börsenmänner, mit dem Namen einer Partei beehrt, die altgläubigen Juden der Reaktion, die Reformer der Demokratie beizählt. Dem christlichen und jüdischen Börsenmenschen ist weder die Sache der Regierung, noch die des Volkes eine heilige, nur mit seinen Geldsäcken spielt er Klubb- und Gottesdienst, deren Präsident und Vorsteher er ist. Eben so wenig haben sich die Glaubensparteien der ihnen verwandten Richtungen in der Politik angeschlossen, zumal die Börsenleute zuweist der jüdisch-kirchlichen Reform gebuldet haben. Wohl haben die Juden in Berlin und Wien die Erzeugnisse des März ehrlich mit erkämpft und ihre blutigen Opfer geliefert, und schwarzer Undank wäre es, zu sagen, der Egoismus habe sie auf die Barrikade geführt, wenn überhaupt solch niedrige Gesinnung den Kampf auf Tod und Leben begeistern kann. — Mag immerhin die Reaktion zu ihrer eigenen Schmach die ihr eigenthümliche Schandwaffe des Hepp-Hepp aus ihrer ekelhaften Kustkammer hervorziehen, wir fürchten sie nicht. Möge immerhin noch einmal diese Mistgabel gegen uns erhoben werden, es wird das Letzte sein, denn das Volk wird richten zwischen seinen Feinden und Freunden. L. Spiegel.

## Theater-Nachricht.

Sonabend, zum 2ten Male: „Badekur.“ Lustspiel in einem Akt von G. zu Puttli. — Hierauf: „Die Schleichhändler.“ Lustspiel in 4 Akten von Dr. G. Raupach. — Schelle, Herr Theodor Wagner, vom National-Theater in Wien, als Gast.

Sonntag, zum ersten Male: „Ein Minister aus dem Volke.“ Historisches Schauspiel in 5 Akten und einem Vorspiel: „Der Sohn des Schneiders“, nach einem vorhandenen Stoffe für die Bühne bearbeitet von Carl Schmidt.

Für den Monat Dezember sind im Theater-Bureau in den gewöhnlichen Geschäftsstunden das Duzend Billets für den ersten Rang, Balkon, die Sperrsitze und Parquet-Logen à 6 Rthlr., zum zweiten Rang und die Parterre-Sitzplätze à 4 Rthlr. zu haben.

## Todes-Anzeige.

Am 29. November hat es Gott gefallen, unsere gute theure Mutter Henriette, verwitwete Pastor Benner, durch einen sanften Tod in ein besseres Jenseits abzuführen. Unser Schmerz ist groß, wer aber die treue, für ihre Kinder so besorgte Mutter gekannt, wird unsern gerechten namenlosen Schmerz ermessen. Breslau, den 1. Dezember 1848.

Eugenie,  
Franziska, } als Kinder.  
Agnes,

## Danksagung.

Allen denen, welche bei dem in der Nacht vom 27. zum 28. v. M. in meinem Hause auf der Klosterstraße Nr. 14 ausgebrochenen Feuer so hilfreiche Hand geleistet haben und mit der größten Anstrengung die Habe der Hausbewohner zu sichern suchten, insbesondere den geehrten Herren Mitgliefern des hiesigen Rettungs-Vereins und der Bürgerwehr, sage ich hiermit meinen innigen und recht herzlichen Dank. Fr. Schöbel.

## Dank.

Innigsten Dank allen den Freunden, welche bei der Feuersgefahr am 30. v. M. mir so hilfreich beigegeben. Mögen sie vor ähnlicher Gefahr bewahrt bleiben.

Schmidt, Putzmachermeister.

## Bitte um Belehrung.

1) Weshalb bewaffnet man Schutzverwandte? Soll mein Hausknecht mich oder Andere vertheidigen?  
2) Soll zu Mehrung von Feuersgefahr die Anfertigung und Vertheilung von Munition noch weiter stattfinden?

Bratislawsky.

Heute, Sonntag den 2. Dezember,

## erstes Concert

des  
akademischen Musikvereins.  
im Musiksaale der Universität.  
Eintrittskarten à 10 Sgr., auf reservirte Plätze à 15 Sgr. sind in allen Musikalien-Handlungen, an der Kasse zu 15 Sgr. und 20 Sgr. zu haben.

Einlass 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.  
C. Tenschert, J. Müller, J. Haucke.

Mit dem heutigen Tage habe ich das bisher unter der Firma Bauer u. Comp., Graupenstraße Nr. 1 befindliche Speereiz-Baaren-, Tabak- und Cigarren-Geschäft für alleinige Rechnung unter eigener Firma übernommen, mit der Bitte an ein geehrtes Publikum, mir das bisher geschenkte Vertrauen fernerhin geben zu wollen, welches ich durch stets gute Baaren und reelles Gewicht beizubehalten bemüht sein werde.

Breslau, den 1. Dezember 1848.

Hugo Großmann.

Zwei sehr achtbare Schwestern, reifere Alters, deren eine von 2monatlichem Krankenlager faum erstanden, und welche einzig von feinerer Arbeit leben, haben beim neulichen Brande auf der Klosterstr. im 3. Stockwerk neben wenigem Verlorenen, fast all das Ihrige verloren. Fernere Arbeitsaufträge werden sie in Nr. 1 der Katharinenstraße zu ebener Erde dankbar aufnehmen. — Zugleich bitte ich, obwohl schüchtern, für sie dennoch auch anderweitig um Theilnahme und Hilfe.

Breslau, den 1. Decbr. 1848.

Marie verehelt. Pastor Rother,  
Herrenstr. Nr. 21.

## Im alten Theater.

Sonntag den 3ten, die Eröffnung meines Metamorphosen-Theaters mit den kleinen Figuren, nebst Ballet und Transparent-Feuerwerk. Zum Schluß: 3 Schreckenstage Wiens. Schwiegerling.

## Bekanntmachung.

Es soll die Remise des auf dem Markte belegenen ehemaligen Hopfenamtes mit Ausschluß des zur Unterbringung der Kaufmanns-Sprige benutzten Theils derselben nebst den über beiden Gelassen befindlichen Räumen des zweiten Stocks, auf drei Jahre, nämlich vom 1. April 1849 ab bis dahin 1852 an den Meistbietenden vermietet werden. Hierzu haben wir auf Freitag den 8. Dezember 1848 Vormittags um 10 Uhr auf dem rathhäuslichen Fürstensaal einen Termin anberaumt, zu welchem Niethslustige mit dem Bemerkten eingeladen werden, daß die Niethsbedingungen in der Rathsbienersche eingesehen werden können.

Breslau, 3. November 1848.

Der Magistrat

hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

## Bekanntmachung.

Die hiesigen Kammereigüter Krampe, Langsig und Wörsche sollen von Johannis 1849 ab auf neun Jahre im Wege öffentlicher Lizitation, mit Vorbehalt der Auswahl unter den Lizitanten, in terminis den 17. März 1849, Vormittags um 10 Uhr, auf dem Rathhause einzeln oder auch zusammen verpachtet werden. Kautionsfähige Pächter werden hierzu mit dem Bemerkten eingeladen, daß Pachtbedingungen und Anschläge täglich in den Amtsständen in unserer Registratur eingesehen und die Güter selbst unter Zuziehung des Kammerförsters Schulze in Krampe, welcher die erforderliche Auskunft erteilen wird, besichtigt werden können.

Grünberg, den 19. November 1848.

Der Magistrat.

## Makulatur-Auktion.

Donnerstag den 7. Dezember d. J., Vormittags 9 Uhr, sollen auf dem hiesigen Oberlandesgericht:

circa 110 Str. fassirte Akten zum Verbrauch, 10 „ „ zum Einstampfen, 28 „ „ Aktenrücken, Etiquetten und Deckel,

gegen baare Zahlung versteigert werden, wobei bemerkt wird, daß der Ankauf der zum Einstampfen bestimmten Akten nur den Papierfabrikanten gestattet ist.

Breslau, den 20. November 1848.

Hertel, Kommissionsrath.

Eine Dame in mittleren Jahren wünscht eine Stellung, wo sie die Führung der Hauslichkeit bei einem älteren gebildeten Herrn übernehmen könnte, oder ihr auch die Leitung über verwaiste Kinder anvertraut würde. Gehalt wird nicht beanprucht, nur freie Station, und eine artige rücksichtsvolle Behandlung. Porto freie Nachfragen erbittet man unter der Adresse: P. G. Breslau poste restante.

Sonntag zum Wurfspicknick und Tanz ladet ergebenst ein: Anders, im Leutenheller.

Es ist von so vielen Seiten der Wunsch ausgesprochen worden, auch für die Winter-Saison eine Theater-Lotterie zu veranstalten, ähnlich der, welche im leterverfloffenen Sommer stattfand, daß die unterzeichnete Direktion sich veranlaßt sieht, dem Begehren des verehrten Publikums nach beifolgendem Plane nachzukommen. Jedes Loos der diesmaligen Theater-Lotterie gewährt dem Abnehmer nicht nur für den vollen Betrag Theater-Billets, sondern außerdem wirklichen Gewinn.

Die Verloofung soll vom 27. bis 31. Dezember 1848 stattfinden.

## Plan

zur Verloofung eines Abonnements,

auf die Dauer vom 2. Januar bis Ende März 1849, für 70 im hiesigen Stadt-Theater zu gebende Vorstellungen.

Es werden 6000 Stück Loose à 2 Rthlr. ausgegeben und fallen darauf eben so viele Gewinne, welche folgendermaßen eingetheilt sind:

1 Hauptgewinn im Werthe von 150 Rthlr.	150 Rthlr.	— Sgr.
1	90	90
3	70	210
5	60	300
10	40	400
30 Gewinne	20	600
50	10	500
150	5	750
250	4	1000
500	3 1/3	1666 20
2000	2 2/3	5333 10
3000	2 1/3	7000

6000 Gewinne Zum Betrage von 18000 Rthlr. — Sgr.

Für die Beträge der einzelnen Gewinne erhält der Gewinner Bons; auf diesen sind die Plätze bemerkt, welche der Inhaber zu beanspruchen hat.

Zur Verloofung kommen:

- ad I. Die Plätze des ersten Ranges, der Parquetlogen oder Sperrsitze,  
ad II. Die Plätze des zweiten Ranges,  
ad III. Die Plätze des Parterre,

und sind dieselben nach Verhältnis des im Theatergebäude vorhandenen Raumes folgendermaßen vertheilt:

Anzahl der Gewinne	Einzelner Betrag derselben Rthlr.	Anzahl der für diesen Betrag zu erhaltenden Billets von			Es kommen demnach zur Verloo- fung im Ganzen von		
		I.	II.	III.	I.	II.	III.
1	150	140	60	80	140	60	80
1	90	84	50	27	84	50	27
3	70	60	40	30	120	120	90
5	60	54	24	36	270	120	180
10	40	36	16	24	360	160	240
30	20	18	8	12	540	240	360
50	10	9	4	6	450	200	300
150	5	5	2	2	750	300	300
250	4	3	2	3	750	500	750
500	3 $\frac{1}{3}$	3	2	1	1500	1000	500
2000	2 $\frac{2}{3}$	3	—	2	6000	—	4000
3000	2 $\frac{1}{3}$	3	—	1	9000	—	3000
6000	—	—	—	—	20024	2750	9827

Bei der Vertheilung mußte auf die im Zuschauer-Raume des Theaters befindlichen Plätze Rücksicht genommen werden.

Es bleibt jedoch jedem Inhaber von Bons unbenommen, für den vollen Werth derselben nach Belieben Plätze zu wählen, soweit solche zur Verloofung gekommen.

Der Umtausch der Bons gegen Abend-Billets findet im Theater-Bureau, Morgens von 9 — 12 und Nachmittags von 2 — 4 Uhr statt.

Abends können, der nöthigen Kontrolle wegen, keine Bons angenommen werden.

Die Billets sind nur für diejenige Vorstellung gültig, für welche sie eingelöst werden.

Die resp. Inhaber der Bons können dieselben zu jeder beliebigen Abonnements-Vorstellung während der ganzen Dauer des Abonnements, welches, wie bereits oben erwähnt, hiezig Vorstellungen umschließt, vom 2. Januar bis Ende März 1849, verwenden, so weit die Plätze für die jedesmalige Vorstellung ausreichen.

Bei zu großem Andrang wird für eine baldige Wiederholung der gewünschten Vorstellung Sorge getragen werden.

Die eingehenden Beträge für die Loose werden, zur Sicherstellung der geehrten Abnehmer, in die königliche Bank deponirt und in gleichen Raten vor dem 1ten und 16ten jeden Monats (den Gagetagen) erhoben, und die betreffenden Depostenscheine für die einzelnen Karten dem löblichen Polizei-Präsidio, oder einer andern, von der k. Regierung zu bestimmenden Behörde zur Auslieferung an die Theater-Direktion für die Gagetage übergeben.

Loose zur Abonnements-Verloofung sind in den gewöhnlichen Geschäftsstunden im Theater-Bureau zu haben. Breslau, den 1. Dezember 1848.

Die Theater-Direktion.



Verlag von Herbig in Leipzig, vorrätig bei Graß, Barth und Comp. in Breslau und Oppeln, in Brieg bei J. F. Ziegler:

## Geschichte der Romantik

in dem Zeitalter der

## Reformation und der Revolution.

Studien zur Philosophie der Geschichte.

Von Julian Schmidt. 2 Bde. 8. geh. 4 1/2 Rthlr.

Der Verfasser stellt sich in vorliegender Schrift die Aufgabe, an dem Begriff der Romantik die Einbildung der Idee in die Geschichte zu versuchen. In objektiver Darstellung der Erscheinungen auf dem Gebiete der Religion, der Philosophie, der Kunst, des Staatslebens wird versucht, die Bewegung der Ideen durchscheinen zu lassen.

Auf zwei Perioden nimmt die Schrift Bezug, da jede derselben eine Krisis in der Weltgeschichte war: auf den Kampf des Protestantismus mit der kirchlichen Reaktion, und auf den Kampf der Aufklärung und ihrer Konsequenzen mit der Reaktion des modernen Doktrinarismus.

Bei J. Urban Kern (Junkerstr. Nr. 7) ist so eben angekommen, so wie auch durch Hiersemenzel in Jauer, Behrends in Krotoschin und Liebermann in Brieg zu beziehen:

## Romischer Volkskalender für 1849,

herausgegeben von Ad. Brennglas.

Mit vielen Illustrationen von Th. Hofemann. Preis 10 Sgr.

Bezahlungen auf das neue Quartal der

## Neuen Preussischen Zeitung

werden bei allen verehrlichen Postämtern angenommen.

Der vierteljährliche Pränumerationspreis beträgt für alle Theile der Monarchie 1 Rtl. 15 Sgr.

Inferate aller Art werden von der Redaktion, Dessauerstraße Nr. 5, franko erbeten. Wegen der neuerdings sehr verstärkten Auflage hat der Insertionspreis für die Petitzeile von 1 Sgr. auf 1 1/4 Sgr. erhöht werden müssen.

Die Redaktion.

### Bekanntmachung.

Zufolge getroffener Vereinbarung zwischen den unterzeichneten Eisenbahn-Verwaltungen werden ordinäre Frachtgüter, welche von Leipzig und Magdeburg, so wie weiterhin von Köln, Bremen, Harburg und allen zwischen letztgenannten 3 Städten und Magdeburg liegenden Hauptstationen kommen und nach Görlitz oder Jittau und weiterhin nach Schlesien, Oesterreich etc. gehen, vom 1. Dezember d. J. ab auf den Bahnen der unterzeichneten Gesellschaften zu ermäßigten Frachtsätzen befördert werden und zwar

zwischen Magdeburg und Görlitz für 20 1/2 Sgr.,	
„ „ „ Jittau „ 21 „	
„ „ „ Görlitz „ 13 1/2 „	
„ „ „ Jittau „ 13 3/4 „	

für 100 Pfd. Zollgewicht. — Dasselbe gilt von allen derartigen Gütern, welche in umgekehrter Richtung von Görlitz und Jittau oder weiterher aus Schlesien oder Oesterreich kommen und nach Leipzig und Magdeburg oder weiterhin gehen.

Nur für solche Güter, welche in Magdeburg aufgegeben werden oder nach Magdeburg bestimmt sind und dort ab- und angefahren werden müssen, ist außer obigen Frachtsätzen von resp. 20 1/2 und 21 Sgr. noch 1/2 Sgr. pro Zentner für Anfuhr und eben so viel für Abfuhr zu entrichten, in Leipzig, Görlitz und Jittau sind dagegen diese Kosten in obigen Frachtsätzen von resp. 13 1/4 und 13 3/4 Sgr. mit begriffen.

Dresden, Leipzig und Magdeburg, den 25. November 1848.

Die Direktionen der Sächsisch-Schlesischen, Leipzig-Dresdener und Magdeburg-Leipziger Eisenbahn-Gesellschaften.

## Preise der Phönix-Mühle.

25 Pfund Weizenmehl 0.	29 Sgr. 6 Pf.
25 „ „ dito 1.	27 „ 9 „
25 „ „ dito II.	23 „ — „
25 „ „ dito III.	18 „ 9 „
25 „ Roggenmehl 1.	22 „ — „
25 „ „ Hausbacken	20 „ 3 „
25 „ Roggenmehl II.	18 „ 9 „
25 „ „ dito III.	11 „ 3 „

Breslau, den 1. Dezember 1848.

## Die Porzellan-Malerei von Rob. Ließ,

Albrechts-Strasse 59, eine Treppe hoch, Schmiedebrücke-Ecke, empfiehlt ihr Lager von vergoldetem und bemalten Porzellan zu den billigsten Preisen. Bestellungen jeder Art von Malerei auf Porzellan werden prompt und sauber ausgeführt.

## Englische patentirte Gummischuhe mit Sohlen

für Herren, Damen und Kinder empfehlen: Gebr. Hulschinsky, Schweidnitzerstr. 5.

Das Allgemeine Landrecht in deutscher Druckform wird zu kaufen gesucht: Schuhbrücke Nr. 5, im Comtoir.

Der Kellner Herrmann Wolsch ist aus meinem Dienst entlassen und hat das ihm Zukommende richtig empfangen.

J. Burawoska, im blauen Hirsch.

### AVIS.

Ein solides, gebildetes und interessantes Mädchen von rechtlichen Eltern wünscht als Ladenverkäuferin in einem kaufmännischen Geschäft, oder auch in einer Conditorei, recht bald placiert zu sein. Nähere Auskunft giebt das Commissions- und Agentur-Bureau von

Alexander u. Comp.,

Kupfer-Schmiedestraße Nr. 12.

Da wir unser Holzgeschäft aufzulösen beabsichtigen, so empfehlen wir unsere bedeutenden Brennholzbestände aller Sorten, stark gesägt, in vorzüglicher Beschaffenheit zu den billigsten Preisen.

Verkaufsplätze: Döbervorstadt, auf dem Litzschschen, Sandvorstadt, auf dem Krause'schen Hofe.

J. J. Bloch Wwe. u. Söhne.

Der Staats-Schuldschein Nr. 87,312. Litt. F. über 100 Rthlr., nebst 5 Zins-Coupons, ist am 24. November d. J. dem Eigenthümer abhanden gekommen. Es wird vor dem Ankauf derselben gewarnt.

Das Dominium Wallisfurth bei Glas bietet zum Verkauf:

100 Stück hochfeine, so wie sehr wollreiche 2- und 3-jährige Zuchtböcke, 400 Stück Zuchtmütter, von derselben Qualität, so wie 300 Stück 2- und 3-jährige Schöpfe als Wollträger an.

Der Ruf der Herde ist hinlänglich bekannt, und wollen sich hierauf Reflektierende wegen der näheren Kaufbedingungen an das hiesige Wirthschafts-Amt wenden.

Wallisfurth bei Glas, den 25. November 1848.

Fr. v. Falkenhäusen'sches Wirthschafts-Amt.

### Bitte nicht zu übersehen!

Durch den Tod meines geliebten Mannes, des Bürger und Barbier Feinke, fühle ich mich gedrungen, meinen werthen Kunden davon Anzeige zu machen, daß ich das Geschäft weiter fortsetze.

Verwitwete Heinke,

wohnhaft Neuemweltgasse Nr. 30, 3 Stiegen.

Frische große

Görzer Maronen

officieren billigt:

Gebrüder Knaus,

Kränzelmarkt Nr. 1.

Schweizer Sahn-Käse von vorzüglichem Geschmack empfiehlt billigt: E. Mayer, Oberstraße Nr. 24.

## Zur Tanzmusik

Sonntag den 3. Dezember ladet ergebenst ein: Seiffert in Rosenthal.

Zum Fleisch- und Wurst-Ausschieben auf Sonnabend den 2. Dezember ladet ergebenst ein: Müller,

Mehlgaße Nr. 15.

Zum Fleisch- und Wurst-Ausschieben und Wurst-Abendbrot, Sonnabend den 2. Dezember, ladet ergebenst ein:

J. Fröhlich, Tauenzienstraße Nr. 45.

Zum Fleisch- und Wurst-Ausschieben und Wurst-Abendbrot, heute den 2. Dezember, ladet ergebenst ein:

Ruppert, Nikolaistraße Nr. 67.

Wer gründlichen Unterricht im Gitarrenspiel zu ertheilen im Stande ist, beliebe seine Adresse Schmiedebrücke Nr. 48 in der Lederhandlung abzugeben.

Ein mit guten Zeugnissen versehener Wirthschafts-Schreiber, militärfrei, noch activ, sucht sofort oder spätestens zu Weihnachten d. J. ein Unterkommen. Näheres auf portofreie Anfragen unter der Chiffre H. T. poste restante Trebnitz.

Ein Candidat der Theologie sucht zu Neujahr eine Hauslehrerstelle im Großherzogthum Posen; nähere Auskunft wird Herr Prediger Friedrich in Posen zu ertheilen die Güte haben.

## Agentur-Gesuch.

Für ein courantes Geschäft, welches an allen Orten, auch auf dem Lande betrieben werden kann, werden Agenten gesucht, welche eine bedeutende Bekanntschaft besitzen; Provision ist 25 pCt. Besondere kaufmännische Kenntnisse sind nicht erforderlich, nur Redlichkeit und Promptheit sind Haupterfordernis. Portofreie Adressen, bezeichnet G. H., mit genauer Angabe des Wohnortes, werden durch die Handlung Stockgasse Nr. 28 in Breslau erbeten.

Ein Bremer Haus wünscht in den größeren Städten der Provinz Schlesien Agenturen zu errichten und solche vorzugsweise thätigen, jungen Geschäftsleuten zu übertragen.

Frankirte Offerten, unter Angabe von Referenzen, sind an Herrn Eduard Jhon in Bremen, Langenstr. Nr. 54 zu adressiren.

Veränderungshalber werden ein großer Kronleuchter mit 12 Lampen, 2 Stück vierflammige, nebst mehreren kleinen Hänge- und Wandlampen, im besten Zustande, billig verkauft. Das Nähere Klosterstraße Nr. 16 beim Wirth.

Puppentöpfe von Porzellan empfiehlt in großer Auswahl die Porzellan-Malerei von Rob. Ließ, Albrechtsstraße 59, eine Treppe hoch, Schmiedebrücke-Ecke.

Zu Sadewitz bei Canth werden zweijährige Merinoböcke preiswürdig zum Verkauf gestellt. Der Gesundheitszustand der Herde ist ein vorzüglicher.

Die 1849 abzulassenden Mutterschafe sind verschlossen.

Sadewitz (bei Canth), den 1. Decbr. 1848.

## Holsteiner Auster

und Kabeljau bei Lange u. Comp.

Ein braun getigelter Hühnerhund hat sich bei dem Schmiedemeister Winkler, Klosterstraße Nr. 25, eingefunden und kann gegen Erstattung der Kosten abgeholt werden.

### Ein Wolfshund,

sammelfarben, auf den Namen Greif hörend, hat sich verlaufen. Wer denselben Neue Sandstraße Nr. 5, abgiebt, erhält eine angemessene Belohnung.

Für einen ruhigen Miether ist Kiemezeile Nr. 18 eine Wohnung zu vermieten.

Breslau, den 1. Dezember.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dutaten 96 1/2 Br. Kaiserliche Dutaten 96 3/4 Br. Friedrichs'or 113 3/4 Br. Louisd'or 113 Br. Polnisches Courant 93 1/2 Br. Oesterreichische Banknoten 92 1/2 Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. 3 1/2 % 76 3/4 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4 % 95 3/4 Br., neue 3 1/2 % 79 1/2 Br. Schlesische Pfandbriefe 4 % 1000 Rtl. 3 1/2 % 90 1/4 Br., Litt. B. 4 % 92 1/4 Br., 3 1/2 % 82 Br. Polnisches Pfandbriefe 4 % alte 91 1/4 Br., neue 91 1/4 Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4 % 86 1/2 Br., Ober-Schlesische 3 1/2 % Litt. A. 90 3/4 Br., Litt. B. 90 3/4 Br. Krautau-Ober-Schlesische 4 1/2 % 81 Br., Niederschlesisch-Märkische 3 1/2 % 68 3/4 Br. Köln-Mindener 3 1/2 % 76 3/4 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 40 1/2 Br.

Berlin, den 30. November.

(Cours-Bericht.) Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener 3 1/2 % 76 3/4 Br. u. 81 Br., Prior. 4 1/2 % 92 Br. Niederschlesische 3 1/2 % 68 3/4 u. 1/2 Br., Prior. 4 % 86 Br., Prior. 5 % 96 1/4 Br., Ser. III. 5 % 90 Br. Ober-Schlesische 3 1/2 % Litt. A. 90 3/4 u. 91 Br., Litt. B. 90 3/4 u. 91 Br. Rheinische 50 3/4 Br., Prior. 4 % 78 Br. Stargarder Posener 4 % 88 1/4 Br. — Quittungs-Bogen: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4 % 40 1/2 u. 1/4 Br. — Geld- und Fonds-Course: Staats-Schuld-Scheine 3 1/2 % 76 3/4 Br. u. 81 Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 50 Rtl. 92 Br. u. 93 Br. Posener Pfandbriefe 4 % 95 1/2 Br., neue 3 1/2 % 79 1/4 Br. Friedrichs'or 113 3/4 Br. Louisd'or 112 3/4 Br. Polnisches Pfandbriefe 4 % neue 90 3/4 Br.

Die Course der Fonds und Eisenbahn-Aktien erhielten sich fest; von letzteren wurden einige, vorzugsweise Prioritäts-Aktien, ferner besser bezahlt.

Zu vermieten und zu beziehen:

1. Neue Junkerstraße Nr. 17 eine größere und mehrere kleinere Wohnungen sofort, resp. Weihnachten d. ab.
2. Flussstraße Nr. 2 zwei mittlere Wohnungen, eine sofort und eine von Weihnachten d. ab.
3. Tauenzienstraße Nr. 38 mehrere größere und kleinere Wohnungen sofort resp. von Weihnachten d. ab.
4. Tauenzienstraße Nr. 37 drei kleine Wohnungen sofort oder von Weihnachten d. ab. Näheres beim Kommissionsrath Hertel, Seminargasse Nr. 15.

Zu vermieten und zu beziehen:

- 1) Gräbichnergasse Nr. 1b eine mittlere Wohnung von Weihnachten d. J. ab.
- 2) Friedrich-Wilhelms-Strasse Nr. 26 mehrere große und kleine Wohnungen nebst Stallung und Wagen-Remise sofort, resp. von Weihn. d. J. ab.
- 3) Bahnhof-Strasse (zur Palme, neben der weißen Rose) eine große und zwei kleine Wohnungen nebst Wagenremise und Stallung, sofort resp. von Weihn. d. J. ab.
- 4) Ring Nr. 35 die erste Etage sofort, desgl. ein Keller und eine kleine Remise von Weihn. d. J. ab.
- 5) Schmiedebrücke Nr. 36 drei mittlere Wohnungen von Weihn. d. J. ab.
- 6) Neue Taschenstraße Nr. 6b die Hälfte der 1. und 2. Etage sofort, resp. von Weihnachten d. J. ab.
- 7) Tauenzienstraße Nr. 71 die Hälfte der 1. und 2. Etage sofort, resp. von Weihn. d. J. ab.
- 8) Matthiassstraße Nr. 6, zwei kleine Wohnungen von Weihn. d. J. ab, desgl. die daselbst befindliche Gerberei-Gelegenheit mit Zubehör, sofort oder von Weihnachten d. J. ab.
- 9) Friedrich-Wilhelms-Strasse Nr. 30a mehrere kleine Wohnungen, sofort resp. von Weihn. d. J. ab.
- 10) Lehmhamm Nr. 11d eine kleine Wohnung mit Garten nebst Stallung und Heuboden sofort, resp. von Weihn. d. J. ab. Näheres beim Kommissionsrath Hertel, Seminargasse Nr. 15.

Altblüfferstraße Nr. 36

sind mehrere kleine Wohnungen zu vermieten.

Zu vermieten ein Hausladen Ring Nr. 1, Weihnachten zu beziehen. Näheres Schweidnitzerstr. 54 beim Wirth.

### Zu vermieten

ist Oberstraße Nr. 24 ein schöner geräumiger Keller, nach der Straße zu gelegen, sich besonders als Kellerteller eignend.

Eine Gräpnerlei auf einer frequenten Straße Breslau's wird zu mieten gesucht. Adressen werden J. S. poste restante Breslau franco erbeten.

### Vermietungs-Anzeige.

Friedrichsstraße Nr. 4 und 5 sind mehrere größere und kleinere Wohnungen nebst Stallung, theils sofort, theils zu Weihnachten d. J. zu vermieten und zu beziehen.

Das Nähere daselbst bei der Frau Schöffel, so wie beim Kommissionsrath Hertel, Seminargasse Nr. 15.

Salvatorplatz Nr. 2 ist eine Parterrehausung, bestehend aus zwei Zimmern und einer Küchenstube von Weihnachten ab zu vermieten.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hotel.

Herrzog August v. Holstein-Glücksburg a. Kiel. Geh. Justizrath v. Joller a. Gumbinnen. Gutsbes. v. Elsner a. Panthen. Gutsbes. Baron v. Reiseritz a. Ratibor. Wirthschafts-Direktor Schärzel a. Bernau. Kaufmann Friedrich a. Schrimm. Fabrikbes. Friedl a. Wien. Bergwerksbeamter Stark a. Wietzka. Bauath Kaversberg aus Dresden. Gutsbes. v. Rodewitz u. v. Rosin a. Krautau.

### Breslauer Getreide-Preise

am 1. Dezember.

Sorte:	beste	mitte	geringste
Weizen, weißer 53	Sg. 47	Sg. 42	Sg. 39
Weizen, gelber 50	" 44	" 39	" 36
Roggen. .... 31 1/2	" 28	" 26	" 24
Gerste. .... 23	" 21	" 19	" 17
Hafer. .... 17	" 15 1/2	" 14	" 12